

# Volksrechtler-Zeitung

**SPORT** Heute:  
**VOM SONNTAG!**

**für Schlesien**  
**Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

**Hauptexpedition:** Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. — Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Vorwerkhaus). Fernsprecher 439 02. Sprechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. — Verlagsort: Breslau. — Verlagsort: Schlesiensche Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50. Fernsprecher 460 39.

**Streikversammlung in Waldenburg beschließt einstimmig**

## Verschärfte Fortführung des Metallarbeiterstreits

**Schlesische Metallindustrielle beharren auf 4% Lohnabbau — Kollegen antwortet mit der geschlossenen Wiederaufnahme des Kampfes — Wählt eigene Streikleitungen!**

### Zwingt eure Ausbeuter auf die Knie!

Breslau, 19. September. Es wird gemeldet, daß der Arbeitgeberverband der niederschlesischen Metallindustrie in seiner am Freitag in Liegnitz abgehaltenen Mitgliederversammlung den Vorschlag, den zum 31. Juli gekündigten Tarifvertrag mit Gültigkeit bis 15. Oktober wieder in Kraft zu setzen, abgelehnt hat.

Die Bereitwilligkeit der Gewerkschaftsbürokratie, ein Kompromiß abzuschließen den Lohnraub nicht jetzt, sondern erst ab 16. Oktober durchzuführen, hat die schlesischen Metallindustriellen in ihrem Vorgehen gegen die Metallarbeiter nur ermutigt. Der Bürokratie der Gewerkschaften ist es im Verlauf des Kampfes gelungen, einen Teil der streikenden Belegschaften zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Sie wollte damit die Schwächung der Kampfkraft der schlesischen Metallarbeiter erreichen. Der einstimmige Beschluß der Waldenburger Streikversammlung vom Sonnabend auf Fortführung des Streiks zeigt, daß die Metallarbeiter nicht bereit sind, sich dem Lohnraub zu beugen. Die Versammlung beschloß, mit verschärften Maßnahmen den geschlossenen Kampf fortzuführen. Die Streikposten werden verstärkt, um zu verhindern, daß Streikbrecher den kämpfen-

den Kollegen in den Rücken fallen. Die Kollegen, die zurzeit auf Montage arbeiten, sollen mit in den Streik einbezogen werden.

Die Betriebe, die im Verlaufe des Streikkampfes die Arbeit zu den alten Bedingungen aufgenommen hatten, müssen sofort in abzuhaltenen Betriebsversammlungen den Beschluß auf Wiederaufnahme des Kampfes fassen. Den Gewerkschaften, die teils unter dem Druck von unten den Streik funktionierten, muß die Streikführung aus den Händen genommen werden, wollen die Kollegen verhindern, daß sie trotz des Streiks den Unternehmern ausgeliefert werden. Die Kollegen müssen deshalb eigene Streikleitungen wählen. Die unorganisierten Kollegen müssen durch diese mit erfährt werden.

Der Reichsarbeitsminister Schäffer hat gestern auf dem Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Stuttgart über die Bestimmungen

### Proteststreiks gegen Notverordnung

(Siehe im Innern des Blattes)

der Lohnabbau-Notverordnung gesprochen und unterstrichen, daß die Regierung ihre Maßnahmen nur durchführen könne, wenn die Gewerkschaften mit der Regierung zusammenarbeiten. Damit hat Schäffer erneut die Mitverantwortlichkeit der Gewerkschaften für den ungeheuren Lohnabbau festgestellt. In seinen weiteren Ausführungen gab der Arbeitsminister offen zu, daß durch die neue Notverordnung die Löhne in stärkster Weise gesenkt werden. Die einschränkenden neuen Bestimmungen verhindern auf keinen Fall neue Lohnsenkungen. Auch die Möglichkeit, daß die Unternehmer Mißbrauch mit der Notverordnung treiben und durch Schließungen sich in den Besitz der Kopprämien setzen, wurde vom Reichsarbeitsminister zugegeben.

Die Breslauer Metallarbeiter, denen ebenfalls neuer Lohnabbau droht, müssen jetzt mit ihren streikenden Kollegen aktive Solidarität üben. Die aktive Unterstützung des Streikkampfes ist die beste Gewähr für den schnellen Sieg ihrer Kollegen.

Eine sehr wichtige Aufgabe ist die Stärkung des Kampfbündnisses mit den Erwerbslosen. Wir haben ein glänzendes Beispiel der Waldenburger Erwerbslosen. Als man sie zu Streikbrucharbeit vermitteln wollte, haben sie geschlossen die Streikbrucharbeit abgelehnt. Schlesiensche Metallarbeiterkollegen!

Erhebt erneut in allen Betrieben, auch in der kleinsten Metallbude, die Fahne des Kampfes gegen jeden Pfennig Lohnraub! Nur in geschlossener Kampffront werden ihr die Unternehmer auf die Knie zwingen. Die Solidarität aller übrigen Arbeiterschichten ist euch gewiß!

### Für fünf Antifaschisten droht Todesstrafe

**Klassengenossen! Nur durch einen Massensturm in Betrieben und Stempelstellen kann Todesstrafe verhindert werden!**

Berlin, 19. September. (Eig. Drahtbericht.) Heute beginnt vor dem Sondergericht der Prozeß gegen neun Charlottenburger antifaschistische Arbeiter, von denen fünf wegen Totschlags angeklagt sind. Nach der neuen Notverordnung steht auf Totschlag die Todesstrafe. Die bürgerliche Presse nimmt ausführlich zu diesem Prozeß Stellung. Wie aus den bürgerlichen Zeitungen zu ersehen ist, ist die Anklage einfach unhaltbar. So schreibt z. B. der „Montag-Morgen“: „Der Fall wird besonders dadurch verwickelt, daß im Toilettenraum des Sturmslokals sofort nach der Schießerei zwei Revolver gefunden wurden. Es konnte ferner festgestellt werden, daß der eine davon kurz vorher benutzt worden war.“

Für fünf antifaschistische Arbeiter droht die Todesstrafe durch das Sondergericht! Deshalb müssen alle Betriebe und Stempelstellen, auch der kleinste Betrieb, die kleinste Stempelstelle, der letzte antifaschistische Arbeiter, die letzte Arbeiterfrau eine stürmische Protestwelle entfachen. Der herrschenden Klasse muß es millionenfach in den Ohren schallen:

Nieder mit der Sondergerichtsjustiz! — Gegen die Verhängung der Todesstrafe gegen Antifaschisten! — Für die Freilassung aller proletarischen, politischen Gefangenen!

Schickt Protesttelegramme an das Berliner Sondergericht.

### Neuwahl zum Reichstag am 6. November

Berlin, 18. September. Das Reichskabinett beschloß in seiner gestrigen Sitzung, dem Reichspräsidenten den 6. November 1932 als Termin der Neuwahlen zum deutschen Reichstag vorzuschlagen.

### Unser Bruderorgan beschlagnahmt

Stuttgart, 19. September. (Eig. Drahtber.) Die „Süddeutsche Arbeiter-Zeitung“ vom Sonnabend wurde von der Polizei beschlagnahmt. Als Begründung wurde der Aufruf des Zentralkomitees und die Rede des Genossen Scheer angegeben.

### Für Aufhebung aller Verbote von SPD.-Zeitungen und -Zeitschriften

Berlin, 19. September. (Eig. Drahtber.) Die kommunistische Fraktion im Preußen-Landtag hat in einem Antrag die sofortige Aufhebung aller Verbote kommunistischer Zeitungen und Zeitschriften gefordert. In dem Antrag fordert unsere Fraktion ferner, alle die freie Meinungsäußerung beschränkenden Bestimmungen sind außer

Kraft zu setzen bzw. dürfen in Preußen nicht angewendet werden. Der Berliner Polizeipräsident Dr. Melchior wird sofort seines Postens enthoben, die Stelle wird nicht wieder besetzt und die im Etat vorgesehenen Mittel eingespart.

### Streikrieg Berliner Schuharbeiter

Die 55 Mann starke Belegschaft der Berliner Schuhfabrik Jakob Reich trat am Freitag morgen in passive Resistenz, da der Unternehmer am schwarzen Brett einen Anschlag angebracht hatte, nach dem infolge von Neueinstellungen auf Grund der Notverordnung der Tariflohn gesenkt werden sollte. Schon am Abend vorher fand eine Betriebsversammlung statt, in der ein Kampfausschuß gewählt wurde. Als Hauptforderung wurde aufgestellt, die Zurücknahme des angekündigten Lohnabbaus. Der Kampfausschuß begab sich am Freitag morgen, während die Belegschaft passive Resistenz übte, zum Unternehmer. Der Unternehmer lehnte jede Verhandlung ab, worauf die Belegschaft am Mittag erneut zusammentrat den Streik beschloß.

Von der Belegschaft sind drei im freigewerkschaftlichen Verband organisiert, 20 im roten Schuhmacherverband, während der Rest unorganisiert ist. Bei der Betriebsversammlung am Mittag war ein freigewerkschaftlicher Vertreter und ein Vertreter des roten Schuhmacherverbandes anwesend. Der Vertreter der Freien Gewerkschaft erklärte, daß man bei solchen Organisationsverhältnissen nicht streiken könne, und daß die Kollegen sich erst einmal in seinem Ver-

band aufnehmen lassen sollten. Die Belegschaft war über diese Ausführungen äußerst empört. Einschließlich der drei freigewerkschaftlichen Kollegen beschloß die Belegschaft nach dem Vorschlag des AGD-Vertreters einstimmig den Streik.

Der Kampfausschuß wurde beauftragt, noch einmal beim Unternehmer die Forderung auf sofortige Zurücknahme des Lohnabbaus zu überbringen. Angesichts des geschlossenen Kampfwillens der Belegschaft, war der Unternehmer zum Rückzug gezwungen und verpflichtete sich, trotz der Neueinstellungen, keinen Lohnabbau vorzunehmen. Die Arbeit wurde am Sonnabend früh wieder aufgenommen.

Der Sieg der Berliner Schuharbeiter konnte nur erfochten werden, weil alle Kollegen, gleich welcher Organisation, einheitlich zusammen gegen den Unternehmer standen. Der größte Teil der Belegschaft organisierte sich sofort im roten Schuhmacherverband, was die beste Antwort auf die Taktik des freigewerkschaftlichen Vertreters ist.

### Kommunisten fordern kommunale Neuwahlen in Preußen

#### Antrag

der Abgeordneten Bied, Kasper, Koenen, Golle, Schubert, Lademann, Kaiser und der übrigen Mitglieder der Fraktion der Kommunisten. Der Landtag wolle beschließen, den nachstehenden Gesetzentwurf anzunehmen, Entwurf eines Gesetzes über die Neuwahl der Vertretungen der Gemeinden und Gemeindeverbände. Der Landtag hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1. In allen Gemeinden und Gemeindeverbänden sind zu-

gleich mit der Reichstagswahl die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften neu zu wählen. § 2. Die neu gewählten Vertretungskörperschaften sind in der Woche zusammenzuberufen, die dem Ablauf der Einspruchsfrist folgt. Die Wahlzeit der bestehenden Vertretungskörperschaften endet mit dem Tage des Zusammentritts der neu gewählten Vertretungen. § 3. Dieses Gesetz tritt mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft.

Berlin, den 19. September 1932.

# Einheitsfrontaktion — das Gebot der Stunde!

Was in diesen Tagen die Millionenmassen des arbeitenden Volkes aufs stärkste fühlen und was sie immer stürmischer fordern, das hat die Kommunistische Partei mit ihrem Aufruf zur Einheitsfrontaktion ausgeprochen:

**Wir müssen jetzt alle zusammenstehen, ohne Unterschied der Organisation, um gemeinsam die neue Offensive des Kapitals abzuwehren!**

Der neue Feldzug des faschistischen Unternehmertums trifft alle die 15 Millionen Arbeiter und Angestellten, die noch in Arbeit stehen, und macht seinen Unterschied zwischen kommunistischen, sozialdemokratischen, christlichen oder auch nationalsozialistischen Arbeitern und Angestellten. Die Taktik des Unternehmertums, das diesmal nicht geschlossene Arbeiterkategorien angreift, sondern verucht, die Belegschaften einzeln niederzuringen, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Plan dieser Lohnabbauoffensive erst dann durchgeführt sein wird, wenn auch im letzten Betrieb die Löhne und Gehälter tiefer unter die Hungerlinie gesenkt worden sind. Muß es da nicht das Gebot der Stunde sein, daß sich alle Arbeiter zu einer festen Einheitsfront zusammenschließen, um gemeinsam den Angriff des Kapitals zurückzuschlagen?

Die 7 Millionen Arbeitslosen, die wir bereits jetzt wieder in Deutschland zählen, wissen aus der Erfahrung: Gelingt es dem Unternehmertum, die Lohnabbauoffensive erfolgreich durchzuführen, dann ist alsbald die neue Kürzung der Arbeitslosenunterstützungen fällig, zu der sich die Regierung Papen bereits die „Ermächtigung“ notverordnet hat! Ihr eigenes Interesse erfordert es, daß sie den Kampf der Belegschaften mit allen Kräften unterstützen!

Papen-Regierung und Kapitalistenklasse hoffen darauf, daß sie die Arbeitslosen und die Betriebsarbeiter gegeneinander heben können, um den Betriebsarbeitern den Lohn zu drücken und den Arbeitslosen die Unterstützung zu kürzen. Sie laden die Arbeitslosen mit Arbeitsstellen, in denen sie bei höchstgehälterter Ausbeutung doch kaum mehr verdienen können als ihre bisherige Hungerunterstützung, und sie laden die Betriebsarbeiter, daß sie, um ihren Arbeitsplatz zu behalten, die neue Lohnkürzung hinnehmen sollen. Das „Teile und herrsche!“ war immer Prinzip der Ausbeuterklasse! Einheitsfront ist für die Arbeiterklasse das Mittel der Gegenwehr!

Die deutsche Arbeiterklasse hat in den vergangenen Monaten in vielen Betrieben und in zahlreichen Orten bereits gute Erfahrungen mit der Einheitsfront gemacht. Dort, wo die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter, die Reichsbannerkameraden mit den Kameraden vom Antifaschistischen Kampfbund in fester Einheitsfront gegen den Mordterror des Faschismus in Aktion traten, wurde sehr schnell der Feind zurückgeschlagen! An der lebendigen Mauer des roten Massenstreikbundes ist der Terror des Faschismus gescheitert! Das ist eine Lehre für die ganze deutsche Arbeiterklasse!

Wir haben in den vergangenen Wochen bereits in einer ganzen Anzahl von Betrieben erfolgreiche Streiks gehabt, nämlich dort, wo die Arbeiterklasse in fester Einheitsfront gegen den Unternehmerangriff in Aktion trat. Auch jetzt, wo die neue Lohnabbauoffensive begonnen hat, sehen wir wieder dasselbe: dort, wo die Arbeiter fest zusammenstehen, wo die Mitglieder der freien und christlichen Gewerkschaften gemeinsam mit den Kollegen der KPD, entschlossen den Kampf aufnehmen, wird der Unternehmer zum Rückzug gezwungen! An der Kraft der Einheitsfront zerbricht der Lohnabbau-Feldzug des faschistischen Unternehmertums! Das müssen sich alle Arbeiter vor Augen halten!

Es gibt keine größere, keine insofern größere Mühe als die, daß die Arbeiter in solchen Krisenzeiten nicht kämpfen können. Schaut doch nach der Tschechoslowakei, nach Belgien, nach Polen, nach England, wo wir gewaltige und erbitterte Streiks hatten und noch haben! Sind denn etwa die deutschen Arbeiter schlechter als jene Proletarier? So schwer auch die Politik der Gewerkschaftsbürokratie mit Arbeitsgemeinschaft, Koalition, Tolerierung die deutsche Arbeiterbewegung geschädigt hat, noch ist die Kampfkraft der Massen nicht gebrochen, der Kampfesgeist der Arbeiter nicht erloschen. Auch die deutsche Arbeiterklasse kann kämpfen, und sie wird siegreich kämpfen, wenn sie in der roten Einheitsfront kämpft!

Es ist eine treue Verleumdung der Arbeitslosen wenn satte Bürokraten den Betriebsarbeitern vorshawen, ein Kampf sei deshalb unmöglich, weil 7 Millionen Erwerbslose sich nach einem Arbeitsplatz drängen. Noch in allen Kämpfen dieser Zeit, in Deutschland selbst wie in Polen, in der Tschechoslowakei, in Belgien und England, hat es sich erwiesen, daß die Arbeitslosen die Streikenden in hervorragender Solidarität unterstützen haben.

Es ist auch nicht wahr, wenn Leute, die sich insgeheim die Unterstützung der Papen-Regierung und der faschistischen Bourgeoisie zur Aufgabe machen, den Massen vorshawen, ein Kampf sei deshalb nicht möglich, weil der Kapitalismus alle Nachtmittel des Staates und seine faschistischen Hilstruppen gegen die Kämpfenden einlegen werde. Schaut doch nach Polen! Dort führen die Arbeiter trotz aller Nachtmittel des Staates, trotz aller Unterdrückungsmaßnahmen, trotz des Verbotes aller Massenorganisationen und ohne Unterstützungen aus irgendwelchen Klassen, die heldenmütigen, die glänzendsten Streikämpfe gegen das faschistische Unternehmertum.

Die deutsche Arbeiterklasse kann siegreich kämpfen, wenn sie zum Kampfe die Einheitsfront herstellt, die alle Arbeiter umfaßt,

# Proteststreiks gegen Notverordnung

Die Belegschaft des Gaswerkes Göttingen nahm am 14. September in einer Betriebsversammlung Stellung zur Papen-Notverordnung. Einstimmig wurde der Beschluß gefaßt, zum Protest gegen diese Notverordnung einen einstündigen Proteststreik durchzuführen. Die Belegschaft stellte folgende Forderungen:

**Nichtdurchführung der Notverordnung im Betrieb, Zurücknahme der Entlassung eines Kollegen und Bezahlung der Streikstunde.** Dieser Streikbeschluß wurde am 15. September geschlossen durchgeführt, nur die dringendsten Notstandsarbeiten wurden verrichtet.

Am Krankenhausneubau in Gannstadt beschloß gleichfalls eine Betriebsversammlung am 14. September einen halbtägigen Protest-

streik gegen die neue Papen-Notverordnung und gegen jeden Pfennig Lohnabbau durchzuführen. Geschlossen legten um 1 Uhr die Bauarbeiter die Arbeit nieder und führten bis 1,30 Uhr den Streik geschlossen durch. Die Führung dieses Kampfes lag in den Händen des Einheitsverbandes der Bauarbeiter.

Die Proteststreiks dieser Betriebsbelegschaften sind vorbildliche Beispiele der antifaschistischen Aktion. Nur durch entschlossenen Kampf kann der neue drohende Lohnabbau verhindert, und die Offensive der Kapitalisten zurückgeschlagen werden. In jedem Betrieb antifaschistische Aktion, das ist das Gebot der Stunde!

# Passive Resistenz schlägt Unternehmervorstoß zurück

## Steigende Bewegung in Berliner Druckereien

Berlin, 17. September. Heute früh ist die Belegschaft der Berliner Groß-Buchdruckerei Mittler & Sohn in passive Resistenz getreten.

Die Geschäftsleitung will einen neuen Lohnabbau durchführen. Sie forderte erst 50 Prozent Lohnabbau der übertariflichen Löhne und ging dann auf 33 Prozent herab. Um die Belegschaft müde zu machen, hat die Firma Kündigungen vorgenommen und einen Wortführer der Kollegen entlassen. Am 16. September hat die Be-

legschaft in einer geheimen Abstimmung den Vorschlag auf 33 Prozent Lohnabbau mit überwältigender Mehrheit, nahezu einstimmig, abgelehnt. Daraufhin nahm die Firma die Kündigungen sofort zurück und erklärte, am Montag nochmals über die Lohnfrage verhandeln zu wollen.

Die Kollegen erhalten für die Zeit der passiven Resistenz ihren vollen Lohn ausbezahlt.

In dem Betrieb wird die Radiozeitschrift „Der Funke“ und die Zeitschrift „Der Seefahrer“ gedruckt. Die Belegschaft ist zirkel zweihundert Köpfe stark. Die große Mehrheit dieser Arbeiter war bis vor kurzem noch unter dem Einfluß der SPD, doch gelang es, die Arbeiter von der Notwendigkeit der Herstellung der Einheitsfront des Kampfes zu überzeugen.

Bei der Buchdruckerei S. S. Hermann, deren Belegschaft siegreich gegen Lohnabbau streikte, hat jetzt ein neuer Konflikt begonnen. Die Firma will jetzt 25 Prozent vom übertariflichen Lohn abbauen, was die Betriebsvertretung einstimmig ablehnte. Die Belegschaft ist entschlossen, keinerlei Lohnabbau zuzulassen.

# Neuwahlen

zum Reichstag werden wohl bald wieder sein, sagte der Kassierer der Ortsgruppe A. zum Genossen P.

P.: Die werden aber wieder eine Portion Geld kosten, und das ist bei uns sehr rar.

A.: Bei uns auch, und mit Flugblättern können wir nicht so rumhauen wie die Nazis.

P.: Dann müssen wir eben mehr Material rausgeben, was wir verkaufen, dann kriegen wir das Geld wieder rein.

A.: Ja, darum haben wir auch bei uns den besten Kerl aus der Ortsgruppe zum Litobmann gemacht. Der hat bei der letzten Wahl alles knorke organisiert, und so haben wir durch den Broschürenverkauf auch der Ortsgruppenkasse auf die Beine geholfen!

B.: Bei uns geht's ja auch so halbwegs, bloß wir haben noch 'ne ganze Wucht Broschüren daliegen, ich hab' selber auch noch'n paar und von den verkauften noch das Geld.

A.: Was — das Geld hast du auch noch? Da mach aber, daß es euer Litobmann kriegt! Wie sollen die denn neue Broschüren rausgeben, wenn ihr das Geld in der Tasche behaltet?

P.: Ich bin doch nicht der Einzige, der noch nicht alles verkauft und abgerechnet hat — aber du hast recht! Ich werde heute noch dafür sorgen, daß auch bei uns alles verkauft und das Geld noch diese Woche nach der Litostelle geschickt wird!

die für ihr Brot einzustehen bereit sind. Deshalb wenden wir uns an alle, deshalb sind wir bereit, allen die Bruderhand zu reichen, die mit uns zu kämpfen bereit sind. Noch einmal hat die Kommunistische Partei ihr Einheitsfrontangebot vom 25. April erneuert:

**„Wir sind bereit, mit jeder Organisation, in der Arbeiter vereinigt sind und die gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Unterdrückung und Faschismus zu kämpfen gewillt ist, gemeinsam den Kampf aufzunehmen.“**

Es ist richtig, was die Kollegen der freien und christlichen Gewerkschaften fürchten: das faschistische Unternehmertum will die Gewerkschaften zertrümmern und die Arbeiterklasse aller Rechte der Koalition und aller Errungenschaften eines mehr als 50jährigen Kampfes berauben. Das zu verhindern, dazu ist notwendig die Einheitsfront-Aktion, die die Offensive des Kapitals zum Scheitern bringt.

Es ist wahr, daß das faschistische Unternehmertum darauf ausgeht, die gesamte Sozialversicherung zu zerschlagen. Das wird nicht verhindert durch feige Kapitulation, sondern nur durch die Einheitsfront-Aktion der breiten Massen, die den Angriff zurückschlägt.

Es ist kein Zweifel, daß die deutsche Kapitalistenklasse mit faschistischen Methoden die vollkommene Entzerrung und Verklarung der Arbeiterklasse erreichen will. Das kann nur vereitelt werden durch die Aktion der zu einer festen Einheitsfront zusammengeschlossenen Massen!

Der Kampf gegen den Abbau der Löhne und Gehälter, der Unterstützungen und Renten, der Kampf gegen die faschistische Unterdrückung und Entrechtung der arbeitenden Massen ist die Aufgabe von heute und morgen. Man kann ihn nicht verschieben, man kann ihn nicht aus dem Wege gehen durch einen „Volksentscheid“, der vielleicht in einem halben Jahre oder noch später zum Austrag kommt und der dann „vollendete Tatsachen“ vorfinden würde.

Der Kampf, der jetzt vor den deutschen Arbeitermassen steht, ist eine Schicksalsfrage der deutschen Arbeiterklasse. Deshalb verdient derjenige als ein Schädling, als ein Feind der Arbeiter-

klasse behandelt zu werden, der diesen Kampf sabotiert, lähmt, zerpflickert! Deshalb rufen wir aufs eindringlichste die Massen zur Einheitsfront-Aktion, die alle Kräfte zusammenfaßt!

Wir denken nicht daran, diejenigen proletarischen Elemente der NSDAP zurückzustößen, die diesen Kampf gemeinsam mit uns führen wollen, weil ja auch ihr Lohn, ihre Unterstützung, ihr Sozialversicherungsanspruch gefährdet ist, weil ja auch ihre Existenz und ihr Leben von denselben kapitalistischen Ausbeutern bedroht ist, die uns bedrohen. So rücksichtslos jeder Streikbrecher, jeder Denunziant, jeder Unternehmerräuber von den Arbeitern bekämpft werden muß — denjenigen nationalsozialistischen Arbeitern, denen die Augen darüber aufgehen, zu welcher erbärmlichen Rolle die Unternehmer sie mißbrauchen möchten und die zur roten Einheitsfront stoßen, um gemeinsam den Kampf gegen den Lohn- und Gehaltsabbau zu führen, werden wir dieselbe Klassen-solidarität erweisen, wie allen anderen Proletariern, die gegen die Kapitalisten in den Kampf treten.

Die neue Unternehmer-Offensive hat eingeseht. Es ist nicht Zeit zu warten. Es ist höchste Zeit zur Gegenaktion, zur Einheitsfront-Aktion!

In den Betrieben wartet nicht erst den Aushang am schwarzen Brett ab, der den Lohnabbau ankündigt! Handelt sofort, wählt eure Kampfleitung, stellt eure Kampfforderungen auf, schließt die gesamte Belegschaft fest zusammen, schiebt die Saboteure beiseite, und antwortet auf jeden Angriff auf euren Lohn oder eure Arbeiterrechte mit dem sofortigen Gegenschlag! Verbündet euch mit den Arbeitslosen für ihre und eure Forderungen, stellt ein festes Kampfbündnis her von Betriebsarbeitern und Arbeitslosen gegen den gemeinsamen Feind!

15 Millionen Betriebsarbeiter und Angestellte und 7 Millionen Arbeitslose zusammengeschlossen zur Einheitsfront-Aktion, getragen von der solidarischen Unterstützung aller Werktätigen, das ist eine Macht, welche die faschistische Kapitalistenklasse schlagen kann, schlagen muß!

**Einheitsfront-Aktion ist das Gebot der Stunde!**  
Es lebe die Einheitsfront-Aktion gegen Lohn- und Unterstützungsabbau, gegen Faschismus und Kapitalisdiktatur, gegen die Notverordnungen und gegen die Papenregierung!

Du mußt lesen:

**ERNST THÄLMANN:**  
*Die neue Etappe*  
*der Bolschewisierung der KPD*

im neuen Heft der „Internationale“  
(Doppelheft August 1932). Preis 20 Pf.



# Sie sollen wissen

woran es liegt, daß Bulgaria Sport etwas so ganz anderes ist.

Nur die weltberühmten bulgarischen Tabake können eine so milde und doch so gehaltvolle Zigarette schaffen.

**Bulgaria Sport, die 3 1/3 der Bulgaria**  
6 Zigaretten mit Gold 20 Pfg. mit Sport-Photos

# Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion greift an

## Betriebsarbeiter, Erwerbslose, proletarische Mieter, entfacht außerparlamentarischen Kampf für eure berechtigten Forderungen

Breslau, den 19. September 1932.

Breslau. Am Donnerstag tagt nach mehrmonatlicher Pause die Breslauer Stadtverordnetenversammlung. Die kommunistische Fraktion stellt dafür nachfolgende Anträge zur Beratung:

### Für die Arbeiter in allen städtischen Betrieben

- Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:
  - Am 1. Oktober 1932 sollen die neuabgeschlossenen Reichsmanteltarife G. 9 und V. 6 in Kraft treten. Dieselben bringen wesentliche Verschlechterungen der sozialen Errungenschaften der städtischen Arbeiter. Der Magistrat wird deshalb beauftragt:
    - Diesen Wschluß nicht anzuerkennen, sondern den bisherigen Reichsmanteltarif 8 und 5, weiter in Anwendung zu bringen.
    - Die Wohlfahrts- und Fürsorgearbeiter sind dem Tarifvertrag der Gemeindefürsorge (Stammarbeiter) anzuschließen.
    - Die Mitgliedschaft der Stadt Breslau im kommunalen Arbeitgeberverband ist sofort aufzugeben.
  - Bei den städtischen Arbeitern ist, wie bekannt, bereits ein gewaltiger Lohnabbau vorgenommen worden. Im 1. Oktober 1932 soll durch Angleichung an die Löhne der Staatsarbeiter und durch die „Verordnung des Reichspräsidenten zur Befreiung der Wirtschaft“ ein weiterer Lohnabbau vorgenommen werden. Der Magistrat wird deshalb beauftragt: den auf Antrag der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion bereits gefaßten Beschluß vom 30. Mai d. J. (Tg. Nr. 461/32), der folgenden Wortlaut hat, durchzuführen:
    - Jeder weitere Lohnabbau bei den Arbeitern der städtischen Betriebe und Gehaltsabbau bei den unteren und mittleren städtischen Angestellten und Beamten hat zu unterbleiben;

- Weitere Entlassungen von Arbeitern und unteren und mittleren Angestellten und Beamten der städtischen Betriebe dürfen nicht vorgenommen werden.
- Auf Grund des gewaltigen Lohnausfalls bei den städtischen Arbeitern und des bevorstehenden Hungertinters wird den Breslauer Gemeindefürsorge zwecks Lohnausgleich und Beschaffung von Wintervorräten und Kleidung eine einmalige Wirtschaftshilfe in Höhe von 20 Mark für Ledige, 30 Mark für Verheiratete und für jedes unterhaltspflichtige Kind je 5 Mark gewährt.

### Für die Jugendlichen in den Betrieben

- Herabsetzung der Arbeitszeit für alle Jungarbeiter in allen städtischen Betrieben auf 6 Stunden täglich, bis zum Alter von 18 Jahren, ohne Verminderung des Lohnes. Die Gesamtarbeitswoche darf 34 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Jede Leistung von Ueberstunden ist verboten.
  - Verbot der Entlassung von Lehrlingen, sowie der aus-gelernten Lehrlinge bis 1 Jahr nach Beendigung der Lehrzeit. Die Entlohnung hat zum Tariflohn zu erfolgen.
  - Ungehinderte Versammlungs-, Vereinigungsfreiheit und Streikrecht für alle jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge, Beseitigung des individuellen Lehrvertrages, Schaffung einer gesetzlichen Betriebsvertretung für Jugendliche, einschließlich Lehrlinge. (Jugendbetriebsräte.)
  - In allen Betrieben ist die Berufs- und Werkschulzeit zu be-zahlen. Ferner ist das Material, das die Schüler zum Unter-richt brauchen, vom Unternehmer, ohne Minderung des Lohnes, zu kaufen.
  - Bezahlung des Fahrgebühres zur Berufsschule, falls der Weg mehr als 1 Kilometer lang ist.

### Für Erwerbslose, Wohlfahrtsunterstützte, Sozial- und Kleinrentner

- Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion beantragt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen: Zur Linderung der Notlage werden im Winterhalbjahr, beginnend ab 1. Oktober, folgende Winterhilfsmassnahmen für die Erwerbs-losen, Sozial- und Kleinrentner sowie Empfänger von allge-meiner Wohlfahrtsunterstützung durchgeführt:
  - Ausgabe von Kohlen Scheinen pro Monat 2 Zentner für Ledige und Verheiratete ohne Kinder; für Verheiratete mit Kindern je ein Zentner für jedes Kind mehr.
  - Ausgabe von Lebensmittel Scheinen im Werte von 2 Mark pro Woche für Ledige; für Verheiratete 4 Mark die Woche, für jedes Kind 1 Mark.
  - Unentgeltliche Abgabe von Winterbekleidung einschließlich Unterwäsche und Schuhwerk.
  - Einmalige Beihilfe von 20 Mark für Ledige, 30 Mark für Verheiratete, für jedes Kind 5 Mark.
  - Einrichtung von Tagesheimen mit unentgeltlicher Ausgabe von warmen Essen für alle Bedürftigen unter Kontrolle der von den Erwerbslosen selbstgewählten Ausschüsse.

### Für die jugendlichen Erwerbslosen

- Zahlung laufender Unterstütlungen an alle erwerbslosen Jugendlichen vom Wohlfahrtsamt in Höhe von 15 Mark wöchentlich.
  - Pflicht- und Zwangsarbeit sowie Zwangskurse werden nicht durchgeführt.
  - Unentgeltlich zweimal wöchentliche Benutzung der Bade-anstalten für alle Jungerwerbslosen.

### Für die Kriegsbeschädigten und Arbeitsopfer

- Die kommunistische Stadtverordnetenfraktion beantragt: Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:
  - Die jetzt bestehenden Fürsorgemassnahmen werden dahin abge-ändert, daß die Fürsorgeunterstützung in Zukunft nach dem Stande der Nichtfähigkeit vom 1. Oktober 1931 erfolgt.
  - Für alle am Wehen Behinderten wird jene Straßenbahn-Fahr-preisermäßigung gewährt, wie sie bis jetzt nur den Kriegs-beschädigten gewährt wird.
  - Allen Beschädigten, ganz gleich, ob sie Kriegs-, Unfall- oder Invalidenrente beziehen, wird ein Mietzuschuß gewährt, wie dieser bereits den Stieglingsmietern zuteil wird.
  - Invalidenrentnern wird vom Magistrat eine Sozialrente ohne Antrag bewilligt, so daß ihr monatliches Einkommen mindestens den Richtsatz der gehobenen Fürsorge erreicht.
  - Eine Rückerstattung von bezogener Fürsorgeunterstützung findet bei entf. Rentennachzahlungen nicht mehr statt.
  - Alle Kriegsbeschädigten, Unfallverletzten und Invalidenrenten-empänger werden bei den durch das Fürsorgeamt zu verteilen-den Lebensmitteln, Kohlenmarken usw. berücksichtigt.
  - Allen Kriegs- und Unfallhinterbliebenen werden die, unter Punkt c) und f) gewährten Bergünstigungen zuteil.

### Für die proletarischen Mieter

- Die Versorgung mit ausreichenden und gesundheitsmäßigen Wohnungen ist Pflicht der Gemeinde. Im Stadtgebiet Breslau stehen einerseits unzählige Großwohnungen leer, andererseits müssen tausende Familien in Elendsquartieren hausen. Um diesem Zustand zu begegnen, beantragt die kommunistische Stadtverordnetenfraktion:
    - Alle leerstehenden oder nicht genügend bewohnten Großwoh-nungen werden beschlagnahmt und nach Herrichtung in Klein-wohnungen an die wohnungsjuchende, werktätige Bevölkerung zugewiesen.
    - Darüber hinaus wird die Beschaffung des noch fehlenden Wohnraums durch Neubau einwandfreier Zwei- und Drei-zimmerwohnungen mit Küche und Bad sofort in Angriff genommen.
  - Die Mieten müssen wirtschaftlich tragbar sein. Wirtschaftlich tragbar sind sie nur dann, wenn sie zehn Prozent des Ein-kommens der Werttätigen nicht übersteigen. Da die heutigen Mieten für die werktätige Bevölkerung untragbar sind, beantragt die kommunistische Stadtverordnetenfraktion:
    - Für alle Wohnungen des Stadtgebietes Groß-Breslau (Alt- und Neubau) werden die Mieten ab sofort auf 75 v. H. der Friedensmiete herabgesetzt.
    - Erwerbslose, Sozialrentner wie andere wirtschaftliche Schwache Gruppen werden von der Mietzahlung befreit.
    - Zwangsmassnahmen, Pfändungen, Räumungsklagen, Ermitt-lungen usw. gegen werktätige Mieter von Wohn- und Kleingewerbeträumen sind verboten.
- Das sind die Forderungen der werktätigen Bevölkerung Bres-laus. Diese Forderungen werden von der kommunistischen Fraktion im Stadtparlament nicht gestellt, um den Werttätigen irgend welche Illusionen zu machen, als würden diese Forderungen durch einen Beschluß des Parlaments verwirklicht werden, sondern sie werden von der Tribüne des Parlaments gestellt, um die werktätige Bevöl-derung zum außerparlamentarischen Kampf für die Durchsetzung dieser Forderungen in den Betrieben und an den Stempelstellen aufzu-rufen.

# Das Urteil im Kanther Bluffsonntag-Prozess

Breslau. Der vierte Verhandlungstag des Bluffsonntages von Kanth stand im Zeichen der ungeheuerlichen Zuchthausanträge des Staatsanwalts W r o s e l. Nachdem noch der Zeuge, Amtsgerichts-rat Geisler aus Kanth vernommen worden war, der über den Trans- port der Koffer seines Dienstmädchens befragt wurde, begann der Staatsanwalt mit seinen Plädoyers.

Wie vorauszusehen war, stellte er die Schilderungen und Aus-sagen der Kinder, die als Zeugen auftraten und in beschaulicher Weise einen Anschauungsunterricht gaben, von dem, was in Wirk-lichkeit war, als unwahr hin. Vielmehr legte er aber Wert auf die Aussagen der Zeugin, welche die Eigentümerin der transportierten Koffer ist und die die Sache als vollkommen harmlos hingestellt hatte. Dann kam er auf den Zeugen, Parteisekretär S c h i f f e r, dem er versuchte, seine Ruhe und ordnungsgemäße Tätigkeit abzu-sprechen. Wir haben ja bereits unsere Meinung ausführlich dazu gegeben. Daß der Ueberfall, denn ein solcher war es, der am 10. Juli auf die Reichsbannerleute in Kanth erfolgte, von den Nazis vorbereitet war, sei für den Staatsanwalt nicht erwiesen, deshalb kommt er auf Grund der Nazizeugenaussagen zu dem Urteil, daß ein planmäßiger Ueberfall oder auch nur ein vorbereitetes Warten nicht in Frage kommen kann. Obgleich, daß er zugeben mußte, daß eine Reihe von Zeugen bekundet hatten, daß Aussprüche gemacht wurden, die erkennen ließen, daß, wenn ein solcher „roter Tag“ in Kanth oder Umgebung stattfinden würde, sie (die Nazis) sich werden vor-zusehen wissen.

Daß die Nazis den Ueberfall nicht provoziert und durchgeführt hätten, will der Staatsanwalt auch damit belegen, daß der Zeuge W r o s e l erklärt hätte, daß bei dem Durchmarsch die Nazis gelächelt und Gesichter verzogen hätten. Oftmals gebrauchte der Staats-anwalt die Rede vom „roten Zuge“, wobei er seine politische Ein-stellung offen an den Tag legte. Nach dem er sich mit dem militär-strategischen Plan des Angriffes befaßt hatte, um den Beweis führen zu wollen, daß die Unschuldsklammern, die Nazis, nicht die Angreifer, sondern die Ueberfallenen waren, kam er zur Behandlung der einzelnen Angeklagten.

Hierbei ist sonderbar, daß sämtliche Entlastungszeugen für die angeklagten Arbeiter zum Teil als unwahr, als belanglos und als unwesentlich hingestellt wurden, während sämtliche befragte aus-sagenden Nazizeugene objektiv gewesen sein sollen. Da wird selbst als Wahrheit und Tatsache unterstellt, daß die Zeugin W i e l a n d einen ihr vollkommen unbekanntem Menschen an seinen blonden Haaren wieder erkannt haben will. Der Zeuge S a f t, der in un-mittelbarer Nähe des Mafschke war und der entlastende Aussagen für den Angeklagten machte, hat nach den Worten des Staats-anwaltes mit der Wahrheit zurückgehalten.

### Mit besonderer Härte forderte der Staatsanwalt die Verurteilung der Hauptangeklagten

W i a s c h e, S c h i e w i k und W e i ß, denen milbernde Umstände ver-sagt werden müßten. So wird Schiewik verdächtigt, den ersten Schuß abgegeben zu haben und Weiß soll sich nach seinen Worten in hervorragender Weise an den Ausschreitungen beteiligt und bestialisch auf W a t e r eingestürzt und eingeschlagen haben, und dies alles, obgleich eine ungeheure Zahl von Entlastungszeugen den wenigen Belastungszeugen, die nichts positives aussagen konnten, gegenüber- stehen. L a n g e r soll Fingerzeige gegeben haben, wo Nazi wohnen, welches nach der Meinung des Anklagevertreters zur Verurteilung wegen Landfriedensbruch ausreichend sei. Zur Begründung dieses ungeheuerlichen Strafanspruches gegen Pawel, sind für ihn maßgebend die Aussagen des Mitangeklagten Robert Schulz.

Und so zieht sich die Begründung der einzelnen Angeklagten hin bis zur angeklagten Aderkutschersfrau Anna K u h l. Nur über die angeklagten Nationalsozialisten hatte der Staatsanwalt weniger zu sagen. Nachfolgende

### ungeheuerliche Zuchthausstrafanträge gegen Arbeiter

stellte er anschließend gegen den Aderkutscher Paul Blaschke, wegen Landfriedensbruch und Mordführerschaft 2 Jahre Zuchthaus, 2 Jahre Ehrverlust, den Arbeiter Paul Schiewik wegen schweren Landfriedensbruch 2 Jahre wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt Zuchthaus und 2 Jahre Ehrverlust, den Bauarbeiter Julius Weiß 2 Jahre, 1 Monat Zuchthaus, die Aderkutschersfrau Anna Kuhl

wegen schweren Landfriedensbruch und Aufreizung zu Gewalttätig-keiten 1 Jahr Gefängnis, die Arbeiter Paul Kliner, Fritz Ronger, wegen Landfriedensbruch, ersteren zu 7, den zweiten zu 6 Monate Ge-fängnis, den Malergehilfen Kurt Schubert wegen Waffensbesitz und Mißbrauch 6 Monate Gefängnis, für den Kaufmann Walter Jung-mann Freispruch.

### Für die angeklagten Nazi folgende Anträge:

Den Sturmführer Vater und den Techniker Kann wegen Waffenbesitz und Mißbrauch je 6 Monate, gegen Schubert, Robert, 3 Monate und für Lauffer Freispruch.

Rechtsanwalt B a n d m a n n wies in seiner Verteidigungsrede darauf hin, daß, wenn der Staatsanwalt von einer Abnungsfähig-keit der Nazi redet, demgegenüber darauf hin, daß auf Grund der Vorgänge von Radschütz am Sonntag zuvor und auf Grund des gemeldeten roten Tages in Gnidwitz, die Nazis auf alles vorbe-reitet waren, und wenn die Nazi-Zeugen und der Staatsanwalt er-klären, die Nazi hätten friedlich sich erfrischend am Eiswagen ihres Sturmführers V a t e r gestanden, dann müßte dieses Eisgeschäft ein wirklich beneidenswertes Geschäft sein. Es läßt jedoch darauf schließen, daß sie sich nicht zu friedlichem Tun dort versammelt hatten, und das haben die Zeugen hier bekundet, die von der Schiegerei aus dem Hause, ja selbst aus den Dachluden berichtet haben.

Dann behandelte er weiter die Frage, ob überhaupt ein Land-friedensbruch auf Seiten der Eisernen Frontler vorlag und wies darauf hin, daß die ersten Schüsse aus dem Hause fielen, welche zweifellos den Kameraden T i l k e tödlich verwundeten und daß es dann das gute Recht der Menge war, welche sich zu keinen Gewalt-tätigkeiten zusammengerottet hatten, sich zu schützen und von dem Notwehrrecht Gebrauch zu machen. Von einem Landfriedensbruch kann also auf Seiten der Reichsbannerleute keine Rede sein. Wenn ein Landfriedensbruch vorliegt, dann nur auf der Seite der Nazis, die sich zum „Empfang“ zusammengerottet haben.

Nachdem der Verteidiger, Rechtsanwalt Bandmann, auf die be-rechtigte Notwehr des W e i ß hingewiesen hatte und hierbei den durchaus nicht unmaßlichen Widerstand gegen die Staatsgewalt des Angeklagten angeknüpft hatte, nahm er zum Strafmaß im be-sonderen Stellung. Er ersuchte, falls tatsächlich eine Verurteilung er-folgen sollte, für die jedoch nicht genügend Beweismaterial vorhanden sei, um Gewährung milbernder Umstände, auch für Weiß und ersuchte um Aufhebung der Haftbefehle, da Fluchtverdacht nicht vorliegt und die Anrechnung der Untersuchungshaft.

Nach B a n d m a n n sprach Rechtsanwalt Gr ü n p e t e r, welcher sich im besonderen mit den Vorgängen in der Breslauer Odborvorstadt beschäftigte. Auch er forderte den Freispruch für seine Mandanten. Nachdem der Naziverteidiger Rebiht auf Freispruch und milbernde Umstände für den Angeklagten Robert Schulz plä-dierte, zog sich das Gericht zur Beratung zurück.

### Das Urteil

Nach fast achtkündiger Beratung fielte am 21.15 Uhr das Sondergericht „im Namen des Volkes“ folgende Urteile:

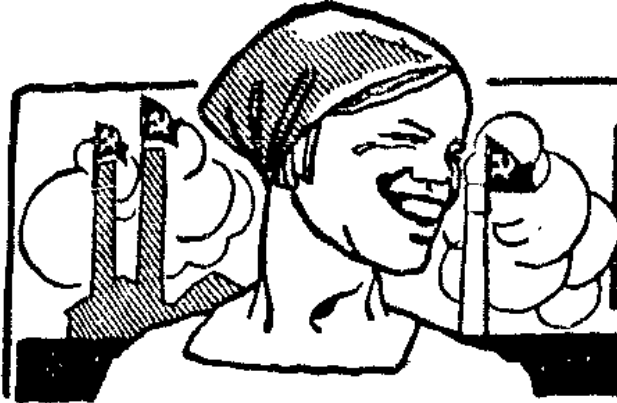
Gegen den Bauarbeiter Weiß 1 Jahr 3 Monate Gefängnis; den Arbeiter Pawel 6 Monate; die Arbeiter Kliner, Ronger und den Malergehilfen Kurt Schubert je 4 Monate; die Frau Anna Kuhl 2 Monate Gefängnis.

Gegen den Nazisturmführer Vater 5 Monate, Kann 4 Monate und Robert Schulz, 3 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Blaschke, Schiewik, Jungmann und Lauffer wurden freigesprochen. Für die Angeklagten Weiß, Pawel und Frau Kuhl blieben die Haftbefehle aufrechterhalten. Mit welchem Recht, daß diese Haftbefehle aufrecht-erhalten bleiben, wird für die Arbeiterschaft ein dauerndes Geheim-nis bleiben.

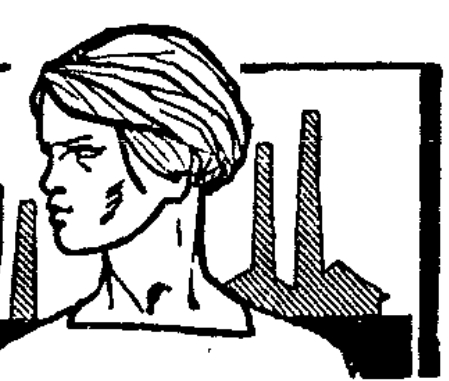
In vier Tage langer Beratung hat sich das Sondergericht mit den blutigen Vorgängen von Kanth beschäftigt. Arbeiter wurden an diesem Tage schwer verwundet und haben ihren Reichsbanner-kameraden Erdmann T i l k e aus Klettendorf verloren. Er wurde das Opfer der mordenden faschistischen Kugeln. Staatsanwalt und Gerichtshof waren nicht in der Lage, der faschistischen Mörder dieses antisfaschistischen Kassenkämpfers habhaft zu werden. Diese Tat-sache muß allen Arbeitern ohne Unterschied ihrer Parteizugehörig-keit ein Anlaß sein, in der antisfaschistischen Front gegen den braunen Mordterror, gegen die Notverordnungsdictatur und die Sonderjustiz zu kämpfen. Der Ruf aller Antifaschisten muß den gesamten Richtern und Staatsanwälten in den Ohren klingen: Fort mit der Klassen-justiz! Weg mit den Sondergerichten! Heraus mit allen prole-tarischen politischen Gefangenen!

**Pfänder-  
Auktion**  
Mittwoch, 21. Sept.  
**Leihhaus  
Grundmann**  
Trebmitzer Str. 21

**Infomatin**  
haben in unserer  
Zeitung  
**Carlus Lufoloy**



# Die werktätige Frau



## Die Parade der Kriegshetzer

### Eine Arbeiterin über den Stahlhelmmummel auf dem Tempelhofer Feld

Vor der ganzen Reichsregierung, vor Generalen, Prinzen, Fürsten usw. marschierte auf dem Tempelhofer Feld am Sonntag, dem 4. September, der Stahlhelmmummel auf.

Die wenigsten haben den Krieg wirklich aus eigener Anschauung kennengelernt. Die anderen, meist junge Bauernburschen und Kleinkinder, die während des Krieges noch die Schulbank gedrückt haben, ließen sich mit sturer Miene von den ausgehenden Feldwebeln zum echt preussischen Stechschritt kommandieren.

Abgesehen von denen, die von Gutsbesitzern und sonstigen Herrenmenschen gezwungen werden, dem Stahlhelm anzugehören,

heurem Volksgesetz durch die Straßen Berlins gezogen sind, sollen der Wapenregierung, den Fabrikherren, den Rittergutsbesitzern helfen, die Arbeiterschaft niederzuhalten, wenn sie sich gegen den Lohnabbau zur Wehr setzen. Das ist die Reserve, die schon heute für den kommenden Krieg gegen die Sowjetunion gesichert ist.

Dementsprechend wurden sie auch von der werktätigen Bevölkerung Berlins empfangen. Niemand hat ihnen auf den Straßen Wasser gereicht oder ein Stück Brot gegeben. Erinnert ihr euch noch, mit welcher Begeisterung der Rote Frontkämpferbund, den der Sozialdemokrat Sebering verboten hat, vom Arbeiter-Berlin überföhrt wurde?

Die Stahlhelmer erfuhren nur Hohn und Spott von der empörten Bevölkerung, die sich diese Provokation nicht stillschweigend gefallen ließ.

So berichtet uns eine Arbeiterfrau:

„In der Eisfässer Straße bildeten Männer und Frauen Spalter

und riefen den Stahlhelmen zu: „Nieder mit dem imperialistischen Krieg! Nieder mit den Kriegshekern!“ Und auf die Blechschilde deutend, die manche Stahlhelmer auf der Brust trugen:

„Ist man gut, daß ihr euch Sabberläse aus Blech umgebunden habt.“

Dann werdet ihr nicht so naß, wenn ihr nach Mutttern weint.“ „Ihr kommt als erstes Kanonensfutter ran, macht euch nicht die Hosen voll!“

Es war bestimmt kein Siegeszug für die teils vollgefressenen, teils sehr ausgegammelten Stahlhelmer.

Ihren besonderen Schutz hatten die tapferen Krieger durch die Polizei. Immer wieder trieb sie mit dem Gummiknüppel die Anstimmungen auseinander. Dabei wurden Frauen und Männer, so auch Kinder wahllos geschlagen. Vor dem Hause Eisfässer Straße 20 wurde ein Mann ohne ersichtlichen Grund über den Kopf geschlagen. Frau Scheerer, eine Arbeiterfrau, saßte darauf den Schupo am Arm und sagte zu ihm: „Lassen Sie das doch sein. Der Mann hat Ihnen doch nichts getan.“ „Halts Maul, alte Eule“, erhielt sie zur Antwort. Mit den Worten: „Für Sie bin ich noch lange keine alte Eule“, verbat sie sich das.

„Kommen Sie mit, kommen Sie mit.“ Frau Scheerer wurde verhaftet und soll nun eine Anklage wegen „Widerstand und Aufruhr“ erhalten.

Viele Arbeiter wurden an diesem Sonntag in Berlin verhaftet. Aber trotz alledem: Die Werktätigen Berlins lassen sich von Faschisten nicht unterkriegen.



Diese Frauen sind das „Salz der Erde“, nämlich Damen des Königin-Luise-Bundes, die dem Kriegsmummel des Stahlhelms das „festliche Gepräge“ gaben

weil sie sonst ihr Brot verlieren, mußten sie nicht, wofür sie gedrückt werden.

Dafür haben die Berliner Arbeiter und Arbeiterfrauen aber so besser gewußt, was diese Kriegsspieler für sie zu bedeuten. Die grauen Truppen, die an diesem Sonntag unter unge-

## Kinder-Sklavenmärkte in Hartly-Ungarn

Szolnok (Ungarn). Auf dem Sonntagsmarkt in dem ländlichen Dorfschen Jajzentandras ist eine ganze Wagenladung von Kindern verkauft worden. Damit hat es folgende erschütternde Bewandnis: Aus Mezökölad und Umgebung verdingen sich alljährlich im Frühjahr viele Bauern und Bäuerinnen auf die großen Wirtschaftshöfe des Mittel- und Transdanubiens für die ganze Saison. Um ihnen eine Bleibe zu verschaffen, werden die Kinder für die Zeit vom Frühjahr bis zum Herbst verkauft, um als Gänse- und Schweinehirten ausgenutzt zu werden, oder auch, soweit sie schon älter sind, in schwerer landwirtschaftlicher Arbeit zu frönen.

Ein bürgerlicher Schmod, der diese Kulturverschand eines „Dritten Reiches“ offenbar sehr „romantisch“ und beklugend findet, schildert den Ablauf des Kinder-Sklavenmarktes wie folgt:

„Und so hört man denn von einem Wagen her, wo etwa 20 braun-, schwarz- und blondköpfige Mädchen zusammengesperrt sind, eine Bäuerin rufen: Hier die billigen Knaben, die guten Mädchen! Bereits für 15 erhältlich! Das kräftigste Kind erzielte den Rekordpreis“ von 25 Pengö. Zum Schluß blieb noch ein zehnjähriges Mädchen mit einem fünfjährigen Brüdchen und einem dreijährigen Schwesterchen zurück. Niemand bot etwas für sie. Schließlich rief die Kinderhändlerin aus, daß sie das „Gretl“ umsonst hergebe, wenn man auch sonst die Kleineren miterhalte. Und es fand sich schließlich ein gutbetragender älterer Landwirt, der auf diesen Handel einging und drei mitnahm. Dies war der Ausverkauf des Kindermarktes von Jajzentandras.“

Das ist die „Kultur“ in einem „Dritten Reich“, in dem „Dritten Reich“ des blutigen Henkers Hitlers! Weil die Eltern hungern, müssen sie sich an Ausbeuter verkaufen, und da ihre Kinder die Arbeitskraft bis zur letzten Reize ausnützen wollen, müssen die Kinder fortbleiben, müssen auf einem Sklavenmarkt an den Meistbietenden verkauft werden. Das ist die „Rettung der Familie“, das „Familienglück“, von dem die faschistischen Sprüchmacher gern viel Lärm machen — nicht ohne dabei über die „Zerstörung der Familie“ durch den Bolschewismus Kofodilstränen zu vergießen.

Indessen — nur in dem Land des Bolschewismus braucht sich weder ein Arbeiter, ein Bauer selbst, noch seine Kinder zu verkaufen. Eines jeden Existenz ist gesichert bei wachsendem Wohlstand. Und allein im Lande des Bolschewismus ist Glück und Wohlfahrt aller Kinder nicht nur höchstes Gesetz, sondern auch Wirklichkeit.

Kindermärkte — das sind „Errungenchaften“ des Faschismus!

## „Ich war eine Zentrumsfrau ...“

### Kämpft mit den Kommunisten!

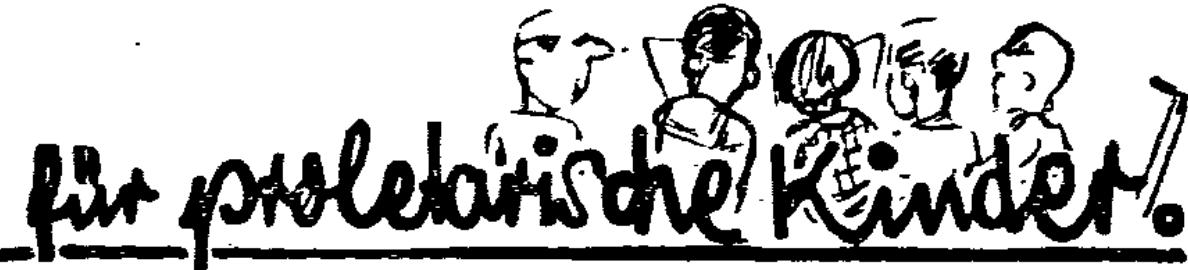
In Wittlich (Oberpfälzen) fand eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, die Stellung nahm gegen das Wirtschaftsprogramm Papens und die Sondergerichtsurteile gegen die Arbeiter und Arbeiterfrauen. In der Diskussion sprach die zu sieben Monaten Gefängnis verurteilte Arbeiterfrau Kolodziej. Sie wurde vom Sondergericht deshalb zu dieser Strafe verurteilt, weil sie es wagte, gegen den Unterstützungsraub zu protestieren. Sie sagte:

„Ich war eine Zentrumsfrau und fromme Christin. und habe meine Kinder in diesem Sinne erzogen. Von nun ab ist es Schluß damit. Ich habe erkannt, daß es keine Gerechtigkeit gibt und rufe euch Arbeiterfrauen zu: „Kämpft mit den Kommunisten!“

Ich werde die 7 Monate absitzen gehen, aber bleibe auch nachdem eine aktive Kämpferin in den Reihen der Antifaschistischen Aktion. Nicht wir gehören auf die Anklagebank und ins Gefängnis, sondern die, die an unserem Elend schuld sind und uns hungern lassen.“

Eine Resolution gegen das Hungerprogramm der Unternehmer sowie auf sofortige Aufhebung der Sondergerichtsurteile und Freilassung aller politischen proletarischen Gefangenen wurde einstimmig mit großer Begeisterung angenommen.

# ECKE



## für proletarische Kinder!

staunt mal alle:

## Wir haben etwas gefunden!

Da ging neulich eine Berliner Genossin in Halberstadt spazieren — na, was ist da weiter dabei? Für Leute aus Berlin bis in Halberstadt nicht viel Neues zu finden, so dachte wenigstens unsere Genossin.

Aber plötzlich blieb ihr die Spucke weg! Was war passiert? In einem Teich, auf einem Geländer, saßen zwei Gestalten in roten Kitteln mit roten Tüchern! Daß es in Halberstadt Pioniere gibt — so etwas glaubte die Genossin nicht — also waren es eher Rote Falken. Aber die hatten ja kein Falckenzeichen am Hemme!

„Ach wat, fragen kost' nischt!“ Also kehrt. „Heda, seid ihr Rote Falken oder Pioniere!“

„Wir sind Pioniere!“ So, das kommt davon, wenn man denkt, daß es bloß in Berlin knorke Arbeiterkinder gibt — dann sagt man so dämlich! Jetzt erst entdeckte unsere Genossin, daß es eine ganze Menge Pioniere um den Teich herumtobte.

Na, ihr könnt euch ja alle denken, daß nun eine Unterhaltung in Halberstadt losging! Die Halberstädter Pioniere sind gar nicht dumm, sie haben allerhand erzählt, von Nazi-Lehrern welche die Arbeiterkinder schlagen und die Pioniere in der Schule ungerecht behandeln, weil sie Pioniere sind. Natürlich setzen diese Lehrer auch gegen die Sowjetunion! Da könnt ihr wieder mal sehen: ob ihr nun in einer Großstadt zur Schule

geht, oder ob ihr in ein kleines Nest kommt. Lehrer, die gegen die Sowjetunion hetzen, die findet ihr überall!

Aber nun kam der Pionierleiter und es begann der Abteilungsabend. Und da stellte sich etwas sehr Komisches heraus! Könt ihr euch so was denken — in Halberstadt wußten sie noch nicht mal, daß vom 2. bis 9. Oktober d. e. 12. Internationale Kinderwoche steigt! Woher kam das wohl? Können die nicht lesen? Doch, aber sie haben seit vielen Monaten keine „Trommel“ mehr gekriegt, und da könnt ihr euch denken, daß sie in der letzten Zeit etwas im Mustopp gegessen haben und nicht wußten, was auf der Welt alles passiert.

Das soll jetzt anders werden. Sie haben versprochen, von jetzt ab wieder regelmäßig „Die Trommel“ zu lesen und vor allem die IKW gut vorzubereiten, na wir werden ja sehen, ob sie ihr Versprechen halten werden oder nicht!

Sonst können die Halberstädter Pioniere aber zufrieden sein. Sie haben einen schönen großen Schulhof, auf dem sie herumlagern können, während die meisten Berliner Pioniere und auch die Pioniere in anderen Großstädten sich in finsternen Kneipen herumquetschen müssen! Deshalb machen sie auch ordentlich Spiele, bei denen man sich austoben kann, daß es manchmal sogar angehaue Knie gibt. Aber Pioniere sind ja keine Mutter-

söhnchen und heulen nicht gleich deswegen, auch die Halberstädter nicht!

An diesem Tage haben sie noch etwas gelernt, was sie nicht kannten, nämlich Raketen! Könt ihr euch vorstellen — die kannten keine Raketen! Also: anzünden. sssssss, takraktaktaktak. aaaaaaaahhh: Bumm Pionier Bumm Pionier. Bumm Pionier. „Heraus zur Internationalen Kinderwoche von 2. bis 9. Oktober!“ Das schallte vielleicht! Die Spatzen auf den Telegraphendrähten flogen entsetzt davon.

Leider, leider war die Zeit viel zu rasch um, irgendwo polterte schon der Berliner Zug heran und unsere Genossin mußte rennen, um ihn noch zu bekommen. Züge warten nun einmal nicht! Aber die Pioniere kamen bis zur Straßenbahn mit und noch von weitem sah man ihre Arme zu dem Gruß erhoben, den die kämpfenden Arbeiterkinder der ganzen Welt verstehen: „Seld bereit!“



Habt ihr alle einen Arbeitsplan und Werbematerial zur 12. Internationalen Kinder-Woche? (2. bis 9. Oktober) Falls nicht, so schreibt an „Die Trommel“, Berlin C 2, Burgstraße 29.

# Faschistische Maßnahmen gegen streitende Mieter in Hermsdorf

## SPD.-Mehrheit der Gemeindevertretung will die Vorschläge des Reichsinnenministeriums der Barone vollstrecken Ab heute auch kein Wasser / Beschlagnahme von Lohn, Renten und Unterstüßungen, sowie Massenermittlungen angeündigt Wir rufen zur Antifaschistischen Aktion!

**Hermsdorf.** In der am Dienstag stattgefundenen Gemeindevertretung, beschloß, wie wir schon berichteten, die Vertretung gegen die Stimme des Kommunisten, scharfe Maßnahmen gegen die streitenden Neubausmieter. Daß der Streik als kommunistische Macho hingestellt wurde, sei nur nebenbei gesagt. Was sich die bürgerlichen und sozialdemokratischen Vertreter gegen die betreffenden Mieter geleistet haben, spottet jeder Beschreibung.

**Ab 19. September, früh 7 Uhr, soll auch das Wasser noch abgesperrt werden. Auf „gesetzlichem Wege“ sollen die Mieten von Unterstüßungen, Renten und Lohn eingetrieben werden.**

Die Vorschläge des Innenministeriums, Sperrung von Licht, Gas und Elektrizität und Ermittlung der „Rädelsführer“ in austrangierte Eisenbahnwagen, machte sich die Vertretung zu eigen und beschloß dementsprechend. Genosse Egner stellte den Antrag, die Punkte 9 und 10 öffentlich zu behandeln und eine Diskussion über den Vortrag des Bürgermeisters, welcher von dem sozialdemokratischen Gemeindevorstand ausgearbeitet worden war, zuzulassen. Diese Anträge lehnten alle SPD. und drei bürgerliche Vertreter aus Angst vor den zahlreich erschienenen Mietern ab. Der Vortrag war eine einzige Provokation gegen die Mieterchaft und deren Vertreter. Als unter den Zuhörern ein Sturm der Entrüstung einsetzte, führte Herr Klinker durch, was er eingangs der Sitzung erklärte, nämlich, er wies dem Bezirksleiter des Neubausmieterschutzbundes Knobloch die Tür. Hieraus verließen als Protest sämtliche Zuhörer den Saal, mit nicht mißzuverstehenden Zurufen.

Ein Klingelzeichen des Herrn Klinker bewirkte das sofortige Erscheinen der Polizei. Der Geschäftsführer Egner des Mieterschutzverbandes für Neubausmieter, sagte keinen Ton für die Interessen der Mieter, trotzdem auch er vom Bürgermeister scharf angegriffen wurde. Er sieht es vor, nächstmal mit SA- und SS-Leuten dem Altkohol zu huldigen und in den Morgenstunden besoffen nach Hause zu kommen. So sieht die Vertretung der Mieter durch den Mieterschutz-Geschäftsführer Egner, Erich aus. Eine große Empörung macht sich bereits bemerkbar.

Die Maßnahmen kann der Leser erst richtig würdigen, wenn er die Zusammenfassung des Gemeindevorstandes und der Vertretung kennt.

**Der Gemeindevorstand besteht aus drei Sozialdemokraten und einem Bürgerlichen. Der Bürgermeister Klinker lehnt sich sehr stark an die SPD. Die Vertretung ist zusammengesetzt aus acht Sozialdemokraten, sechs Bürgerlichen und einem Kommunisten. Also absolute SPD.-Mehrheit. Die Beschlüsse sehen diesen Ausdrucksvertreter ähnlich.**

**Mieter, seht euch diese Vertreter an, lehnt ihnen den Rücken, kämpft mit uns in der Antifaschistischen Aktion. Kämpft in geschlossener Einheitsfront weiter.**

## 3 Monate Gefängnis für einen Antifaschisten

**Waldenburg.** Am 20. Juli kam es nach einer nationalsozialistischen Versammlung in Wülfegiersdorf zu Zusammenstößen. Als die Straße von der Polizei mit dem Gummiknüppel geräumt wurde, soll der Arbeiter W. gesagt haben, daß der Polizeibeamte Lange, der sich besonders hervortrat, am längsten in Wülfegiersdorf gelobt habe. Dafür hatte er sich am 13. September vor dem Schöffengericht zu verantworten. Das Gericht ging über den Strafantrag des Staatsanwaltes (zwei Monate Gefängnis) hinaus und verurteilte W. wegen Beamtenehrendigung zu drei Monaten Gefängnis. Auch dieses Urteil ist ein Klassenurteil. Antifaschisten werden verurteilt und Faschisten freigesprochen.

## Zu einer Woche Gefängnis

wurde der Erwerbslose Sch. aus Freiburg wegen „Widerstand“ verurteilt. Am 19. Juli besand sich zum Schutze von Nazis ein Kommando Schupo aus Waldenburg in Freiburg, um dieselbe nach der Versammlung nachhause zu begleiten. Es kam zu Unsammlungen, die von der Polizei zerstreut wurden. Bei seiner Festnahme soll Sch. Widerstand geleistet haben, wofür er vom Schöffengericht eine Woche Gefängnis erhielt.

## Gemeinsame Not — gemeinsamer Kampf!

**Lehmwasser.** Am 14. September hatte der Orts-Erwerbslosen-ausschuß zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Es war ein guter Besuch zu verzeichnen. Genosse Klein-Weißstein vom Kreis-Erwerbslosenausschuß schilderte anschaulich die Folgen der letzten Notverordnung. Zur Diskussion sprach der Gemeindevorteiler Genosse Hannow. Unsere Forderung soll sein: Umwandlung der Sätze der Aka. und Kru., die unter der Wohlfahrt liegen, in die der gegebenen Fürsorge.

**Schreiberhan l. Nigb.** In der Erwerbslosenversammlung am 6. September im Gasthaus „Zur Erholung“ hielt Gen. Bielsky-Petersdorf u. a. eine scharfe Anklage gegen die Einführung der Sondergerichte und ihre bereits gegen Antifaschisten gefällten ungesunden Urteile. Eine Protestresolution wurde einstimmig angenommen: Die Erwerbslosen fordern Aufhebung der Sondergerichte und gegen Antifaschisten gefällte Urteile sowie Verbot der SA!

**Sandberg.** In einer Kundgebung in Sandberg wurde eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt: Der heute in der Solidaritätskundgebung in Sandberg gewählte Solidaritätsausschuß gelobt sofort die Verbindung mit den Erwerbslosen und Betriebsarbeitern aufzunehmen, um den Kampf der Metallarbeiter zu verbreitern. Die von der Internationalen Arbeiterhilfe, Landesleitung Schloßien, eingeleitete Solidaritätsaktion muß zum vollen Erfolg führen.

**Quirl.** In einer gutbesuchten Erwerbslosenversammlung wurde eine Resolution angenommen, in der scharfster Protest gegen das Klassenurteil des Pirischberger Sondergerichts erhoben wird.

Die Arbeiterchaft von Quirl machen wir darauf aufmerksam, nur dort ihre Waren zu kaufen, wo der Geschäftsmann es mit der Arbeiterchaft hält. Folgende Geschäftsleute halten es nicht mit der Arbeiterchaft: Fleischer Warunte, Kaufmann Feige, Bäcker Hoffmann, Schuhmachermeister Tschöpe. Der Bäcker und der Schuster sollen Kommunistenfresser sein. Also, Arbeiter, dein Geld gehört woanders hin.

**Bunzlau.** In einer Erwerbslosenversammlung stimmten die Erwerbslosen dem Kampfe der Waldenburger Mieter zu. Ferner wurden aus der Versammlung heraus Anträge auf eine Wirtschaftshilfe gestellt. Folgende Forderungen wurden aufgestellt:

1. Beihilfe für Verheiratete 18 Mark, je Kind 3 Mark, für Ledige 13 Mark.
2. Lieferung von Kartoffeln für Verheiratete 6 Zentner, je ein Kind 1 Zentner, für Ledige 3 Zentner.
3. Lieferung von Brennmaterial pro Monat 2 Zentner Kohle, 2 Zentner Briketts, 1 Zentner Holz. Für Ledige in fremdem Haushalt daselbe, und für Ledige, die bei den Eltern wohnen, 1 Zentner Kohle.
4. Lieferung von Winterkleidung je nach Antrag, der persönlich erfolgen muß.
5. Errichtung von Speise- und Wärmehallen sowie Kinderfütterung für sämtliche Kinder der Erwerbslosen.

## Hermann Hoffmanns Ehre noch nicht gerettet

**Waldenburg.** Am 13. September stand Genosse Thomas vor dem Schöffengericht wegen Herstellung und Verbreitung von Schriften im September vorigen Jahres. Der Bezirksleiter Hoffmann vom Bergarbeiterverband war als Nebenkläger mit Rechtsanwalt

Dr. Cohn erschienen. Hoffmann ist in einer Betriebszeitung, „Der Rebell“, von der Melchiorgrube, in einem Artikel angegriffen worden, der sich mit der Stellung der Gewerkschaften zu dem Bierhausplan beschäftigte. Hoffmann hielt eine Rede vor Gericht, die jeder Kumpel hätte hören müssen. Würde er noch einmal vor derselben Frage stehen, jeden Tag wurde er daselbe tun, nämlich einem solchen Plan zustimmen. Der Plan sei eingehalten und keine Verbesserungen vorgenommen worden. Die Organisationen haben viele Verbesserungen (!) eingebracht und er wünschte, daß in ganz Deutschland solche Pläne zustande gekommen wären. (Massenermittlungen und Feiertage sind die Verbesserungen!) Die Kumpels würden ihm ein anderes Lied singen. Rechtsanwalt Dr. Cohn gab dem Gericht zu verstehen, daß Genosse Thomas nach der Verordnung vom Dezember 1931 zu einer Gefängnisstrafe von drei Monaten (der Staatsanwalt hatte drei Wochen Gefängnis beantragt) verurteilt werden könne. Das Gericht sprach Genossen Thomas frei, weil ihm eine Beteiligung aus der Herstellung des „Roten Rebells“ nicht nachgewiesen werden konnte.

**Neue AGD-Gruppe gegründet**  
Sprottau. Hier ist es gelungen, eine neue Ortsgruppe der AGD zu gründen. Zunächst sind der AGD 8 Kollegen neu beigetreten. Stärkt überall die AGD!

## Jungreichsbannerkamerad ruft die Arbeiterjugend zur Antifaschistischen Aktion!

# Kriegsvorbereitung durch Arbeitsdienstpflicht

## Reichsbannerführer mit dem Eisernen Kreuz und den drei Pfeilen führt das Kommando „Im Krieg mußten die Soldaten auch auskommen“ — Jungreichsbannerkameraden verlassen gruppenweise das Lager

**Striegau.** Am Donnerstag vor 14 Tagen machten sich aus dem Kreise Striegau 29 Jungarbeiter vom Reichsbanner zum freiwilligen Arbeitsdienst nach Sakrau, Kreis Gohrau, zur Arbeitsregulierung auf. Ein Reichsbannerkamerad berichtet uns darüber: Abends 11 1/2 Uhr, waren wir in Oder-Welisch, von hier war noch 2 Kilometer bis Sakrau zu laufen. Reichsbannerkameraden begleiteten uns ins Lager, das aus einer Scheune bestand. Wir bekamen ein Dreipfundbrot, das 2 Tage reichen sollte und Marmelade, Margarine ebenfalls für 2 Tage. Zum ersten Frühstück bekamen wir eine grüne Gurke. Jeder wollte nun den besten Platz zum Schlafen haben, aber einen vernünftigen Platz fand keiner, weil landwirtschaftliche Maschinen in der Scheune standen. Auch Kaninchen befanden sich in der Scheune. Früh 8 Uhr, wurden wir zur Arbeit eingeteilt. Bei der siebenstündigen Arbeitszeit gab es eine Zwischenpause von einer halben Stunde. Die Verhaltungsmaßregeln wurden uns beim Appell bekanntgegeben. Unter anderem sagte uns der Lagerverwalter: „Für Nichtbefolgung der Vorschriften gibt es Nachgegerzien mit einem Tornister, in dem sich 5 Ziegelsteine befinden.“ Die versprochene Arbeitsleistung erhielten wir erst nach und nach. Die ersten Tage mußten wir in unseren Sachen arbeiten. Eine Entschädigung bekamen wir nicht, trotzdem manchen Kameraden die letzten Sachen kaputt gegangen sind. Oberster Lagerverwalter war der Kreisleiter des Reichsbanners von Gohrau, Weber. Derselbe erschien zum Appell in Reichsbanneruniform mit den 3 Pfeilen, seine linke Seite schmückte das Eiserne Kreuz. Bis Montag waren wir mit der Verpflegung zufrieden, an diesem Tage wurde der Küchenchef von der Gausleitung seines Postens entlassen. Schichtwachtmeisterlich, weil er das Essen zu gut kochte, denn nachher herrschte bei der Küche eine große Schlampe, das Essen war sehr ungesund zubereitet. Wir beschwerten uns beim Kreisleiter Weber über diese Zustände und verlangten für Sonnabend, den 10. September unsere Papiere. Da es uns nicht möglich war, das Essen zu genießen, verlangten wir Brotzulage, die uns aber verweigert wurde, und zwar mit der Begründung, daß im Kriege die Soldaten auch mit ihren Brotrationen auskommen mußten. Das Fahrgehalt zurück mußten wir von unseren 3 Mark Wochenlohn bezahlen. Krankengeld gibt es beim freiwilligen Arbeitsdienst nicht, ein Stanowitzer Jungarbeiter hat sich den Finger aufgequetscht, so daß er arbeitsunfähig war. Für diesen Schaden hat er kein Krankengeld erhalten. Am letzten Sonnabend mußten wir hungrig zur Arbeit und nachher nach Hause fahren. Bemerkenswert ist noch, daß die Familie des Kreisleiters Weber zu Besuch war, die haben bestimmt nicht das Fressen, was wir für unsere geleistete Arbeit bekommen, erhalten. Der Kreisleiter hat

ein Gehalt von wöchentlich 60 Mark. So groß zuerst die Begeisterung war, war zuletzt die Enttäuschung.

Die sanitären Zustände sind in diesem Arbeitsdienstlager unter aller Sau. Unter der Wasserpumpe war ein großer Bottich. Das Wasser wurde wieder in die Pumpe geleitet. Die Folgen davon war bei den Arbeitsdienstlern Durchfall. In diesem Bottich mußten wir unsere Eßgeschirre auswaschen, was natürlich gesundheitlichen Schaden bringen mußte. Trotzdem dieses Lager schon 5 Wochen beiecht, ist noch keine Veränderung eingetreten. Wie in einem Taubenschlag geht es in dem Lager zu, 10 kommen und 20 gehen.

**Jungarbeiter! Kameraden vom Jungreichsbanner! Das Auftreten des Kreisleiters Weber mit dem Eisernen Kreuz und seine Anspielungen auf den Krieg, lassen erkennen, welchem Zweck die Arbeitsdienstlager dienen. Man will uns zu einem neuen Krieg vorbereiten! Duldet das nicht! Kämpft gemeinsam in Antifaschistischer Aktion gegen Arbeitsdienst, Faschismus und Militarismus, für Arbeit zu tariflicher Entlohnung! Jungarbeiter, her zur Antifaschistischen Aktion!**

## Freiwillige Arbeitsdienstpflichtler verweigern militärische Ausbildung

**Jauer.** In Altjauer bei Jauer befindet sich eine freiwillige Arbeitsdienststelle, beschäftigt sind 25 Mann Jugendliche am Reiebau. (Flugregulierung.) Vor Beginn der Arbeit wurde folgender Lohn vereinbart: über 21 Jahre 11 RM., unter 21 Jahre 8,70 RM. Die jüngeren Arbeiter ließen sich nach der ersten Lohnauszahlung diese Lohnstaffelung nicht gefallen, sondern forderten für gleiche Arbeit gleichen Lohn.

Wer nun gedacht hätte, es wurden durchschnittlich 11 RM. gezahlt, der hatte sich getäuscht. Die Differenz zwischen 11 RM. und 8,70 RM. wurde nach der Mitte geregelt, so erhält jeder Arbeiter 9,10 RM. Betrachtet man den früheren Lohn an der Reiebergulierung, so verdienen die Arbeiter 26—27 RM., bei gleicher Arbeitszeit.

**Das ist ein Unterschlag von 16—17 RM. pro Mann, bei 25 Mann über 400 RM. pro Woche.**

So werden die Jungarbeiter durch die Unternehmern ausgebeutet. Borige Woche sollte die Nebenschäftigung losgehen. Früh von 1/7—7 Uhr Freiübungen, nachmittags von 1/4—4 Uhr Vorträge, von 4—5 Uhr Sport aller Art. Dieses wurde von sämtlichen jugendlichen Arbeitern abgelehnt, trotzdem ihnen mit Entlassung gedroht wurde. Durch das geschlossene Auftreten der Jungarbeiter, konnte noch keine Entlassung durchgeführt werden.

# Vorbildliche Werbearbeit auf der Fuchsgrube

**Weißstein.** Am Freitag, vormittags 11 Uhr, setzte der Sturm auf die Fuchsgrube ein, nicht etwa mit Maschinengewehren und Minenwerfern, sondern mit Zeitungen und Broschüren. Bereits am Donnerstag wurden die Kumpels durch ein „Betriebsstelegramm“ auf die Sonderzeitung für die Fuchsgrube vorbereitet. So mancher Kumpel kam an unsere Funktionäre heran und sagte: „Sorge dafür, daß ich morgen bekomme eine Zeitung Besondere“ und bekam — keine. Warum nicht? Nun, weil die Zeitungen nicht einmal für die Kumpel der Mittag- und Nacht, die ihren Hungerlohn tag früher abbekamen, reichten.

Es wurden verkauft: Vor dem Julius-Schacht: 250 „Arbeiter-Zeitungen“, 60 „Arbeiter-Kulturräte“ und 40 „Magazine“.

Vor dem Hans-Heinrich-Schacht: 150 „Arbeiter-Zeitungen“, 68 Broschüren, 15 „Rote Wähler“ und 15 „Grubenarbeiter“.

Vor dem David-Schacht: 150 „Arbeiter-Zeitungen“. Broschüren waren leider nicht zur Stelle.

Genossen, die doppelte Anzahl Zeitungen hätte nicht gereicht. Der Kumpel will unsere „AZ“ lesen. Gebt ihm die Möglichkeit. Verbt unermüßlich Abonnenten. Schreibt Betriebsberichte. Kameraden der anderen Sechen, macht's nach.

## Schwerer Unfall auf Julius-Schacht

Am Mittwoch früh gegen 11 Uhr, verunglückte der Hauer Kari Eisenloß aus Weißstein-Altwasserstraße, dadurch, daß ihm

ein voller Kohlenwagen den rechten Unterschenkel zerstückte und drei Meter mitgeschleppte. Eisenloß war als Förderhauer auf der dritten Sohle im 13. Flöz beschäftigt. Das ungeheure Hefttempo in der Förderung hat schon viel schwere Unfälle verursacht, und Kameraden, dagegen gilt es Front zu machen. Erst muß der Zug zum Stehen gebracht werden, dann kann man ans reinheben denken, nicht wie es durch die Antreiber vor euch verlangt wird, während der Fahrt gestürgte Wagen wieder auf die Schienen zu bräcken. Kameraden, kämpft in einheitlicher Front gegen diese ungeheure Antreiberei, und wehrt euch gegen Übergriffe der Beamten. Antwortet auf deren Kohlenhunger durch gemeinsamen Kampf.

## Erst die Schweine ...!

(Arbeiterkorrespondenz)  
**Fraustadt.** Auf dem Gut Köhrsdorf, Kreis Fraustadt, gingen Fraustädter Erwerbslose Kartoffeln stopfen. Während diesem kam der Nazi-Inspektor und jagte die Erwerbslosen vom Felde. Er sagte zu diesen: „Erst kommen unsere Schweine, nach diesen könnt ihr kuppeln.“ Das ist das soziale Gesicht der Nazis. Dieser Naziinspektor Dirke ist als Arbeiterfeind bekannt. Wir Erwerbslosen von Fraustadt wenden uns diesen Nazi-Jüngling merlen.

Bertätigte, seht, so sieht es im „Dritten Reich“ aus, wo Hitler, Junger und Generale regieren. Darum, Bertätigte, schließt euch zusammen unter dem Banner der SPD. Sie ist die einzige Freiheitspartei.

# Die Papen-Schleicher-Regierung geht nicht nach Genf

Weiterführung des Schleicher-Kurses in der Außenpolitik

Die Regierung Papen-Schleicher hat dem Büro der Abrüstungskonferenz mitteilen lassen, daß sie den Verhandlungen der Abrüstungskommission so lange fernbleiben werde, bis die militärische Gleichberechtigung Deutschlands grundsätzlich anerkannt ist.

Gleichzeitig wird bekanntgegeben, daß die Regierung einen einen Wechsel ihrer wichtigsten außenpolitischen Vertretungen vornimmt, der wohl auch nicht ohne Zusammenhang mit ihrer Haltung in der Abrüstungsfrage sein dürfte. Der bisherige deutsche Botschafter in Paris, von Hoersch der als Träger der deutsch-französischen Verständigungspolitik galt, wird nach London versetzt; sein Nachfolger in Paris wird der bisherige Staats- und Personalreferent des Außenministeriums, der Sozialdemokrat Köster. Der deutsche Botschafter in Rom, von Schubert, wird abberufen und durch den bisherigen Gesandten in Belgrad, von Haspell, ersetzt.

Was bedeuten diese außenpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung?

Zunächst einmal das Eingeständnis des vollen Fiaskos der vom Reichkanzler von Papen selbst vor und auf der Konferenz von Lausanne verfolgten Politik, der engsten deutsch-französischen Zusammenarbeit, die so weit ging, daß Papen dem französischen Imperialismus ein Militärabkommen gegen die Sowjetunion anbot! Zweitens bedeuten sie ein offenes Eingeständnis, das die riesigen Illusionen auf eine Unterstützung der deutschen Forderungen seitens Englands und Italiens gegenüber Frankreich zusammengebrochen sind. Drittens bringen sie zum Ausdruck, daß sich die Regierung Papen-Schleicher auch außenpolitisch mit einem bemerkenswerten Geschick zwischen sämtliche vorhandene Stühle gesetzt hat.

Es ist bekannt, daß der Reichkanzler von Papen ein leidenschaftlicher Antikommunist ist. Aus dieser Einstellung entspringen seine Angebote an Frankreich. Jetzt, wo die Pleite dieser Politik so offen zutage tritt, erhebt sich die Frage: Hat die Regierung Papen und hat die deutsche Bourgeoisie aus den Erfahrungen dieser letzten Niederlage gelernt? Das ist keineswegs der Fall! Der Artikel, den der Admiral a. D. Batsch (unter ausdrücklicher Berufung auf seine Mitgliedschaft im Papens „Sertentklub“) im „Matin“, dem Blatt der französischen Rüstungsindustrie, veröffentlichte und der das Angebot eines deutsch-französischen Militärabkommens gegen die Sowjetunion erneuerte, beweist, daß Papen sein Ziel noch nicht aufgegeben hat.

Widerpricht aber nicht die jetzige Außenpolitik, insbesondere die Reden des Generals von Schleicher und die Ablehnung der Teilnahme an den Verhandlungen der Abrüstungskommission, diesem Papen-Kurs? So scheint es nur, aber so ist es nicht. Daß die Papen-Schleicher jetzt mit der Faust auf den Tisch schlagen und drohen, sich aus dem Genfer Theater zurückzuziehen, ist nur eine andere Form, ihre Wünsche und Forderungen vorzubringen. Auch heute sind die führenden Politiker der deutschen Bourgeoisie noch überzeugt, daß sie nur durch direkte Verständigung mit dem französischen Imperialismus und durch ein Eingehen auf seine Wünsche die Erlaubnis erhalten können, aufzurüsten. Sie denken gar nicht daran, sich wirklich aus Genf zurückzuziehen und etwa aus dem „Völkerbund“ auszutreten. Sie hoffen nur (und das dürfte auch wieder nur eine Illusion sein), daß sie, wenn sie den „Harten Mann“ spielen, eher erreichen werden, was sie mit freundschaftlichen Angeboten nicht erreichen konnten.

Wie das deutsche Proletariat die Rüstungsforderungen der Regierung Papen-Schleicher aufs schärfste bekämpft, so bekämpft es auch ihre gesamte imperialistische Außenpolitik!

Paris, 17. September. Auf Grund von Veröffentlichungen der Sowjetpresse über die geheime Tätigkeit der Weißgardisten in Frankreich ist die Botschaft der Sowjetunion in Frankreich erneut bei der französischen Regierung vorstellig geworden und hat verlangt, daß die weißgardistischen Organisationen aufgelöst und ihre Führer aus Frankreich ausgewiesen werden.

# Japanische Kriegsvorbereitungen

Höchste Zuspitzung der Lage im Fernen Osten — Vorbild zum Antifowjetkrieg — Japans Arbeiter entsenden Delegierte nach der Sowjetunion

**Tokio, 17. September.** Der Tokioter Korrespondent der United Press berichtet, daß sich Japan fieberhaft zum Krieg gegen die Sowjetunion vorbereitet, die Kriegsbetriebe Tag und Nacht arbeiten, Munition, Automobile, Eisenbahnmateriale aus dem Ausland eingeführt werden.

**Schanghai, 17. September.** Die Lage in Nanking verschärft sich zusehends. Einer Neuter-Meldung zufolge wurden die Patrouillen der japanischen Marineverbände verstärkt. Die Maschinengewehrposten in der japanischen Werft wurden gleichfalls vermehrt.

## Japanische Delegation zur Oktoberfeier

**Tokio, 17. September.** Die japanische Presse berichtet, daß in der japanischen Öffentlichkeit bereits Vorbereitungen getroffen werden, um eine Delegation zum 15. Jahrestag der Oktoberrevolution nach Moskau zu entsenden. Es beteiligen sich die „Liga proletarischer Schriftsteller“, die Proletkult-Organisationen, die Gesellschaft der Freunde der Sowjetunion usw.

Der Transportarbeiterverband in Tokio und andere einflussreiche Gewerkschaften wählen Delegierte und auch in den Betrieben ist das Interesse der Werktätigen für die Delegation sehr groß, da es in diesem Jahre zum ersten Male sich ereignet, daß an der Oktoberfeier auch eine japanische Arbeiterdelegation teilnimmt. Es sollen etwa 50 Arbeiterdelegierte nach Moskau fahren. Am 10. Oktober fährt der bekannte japanische Schriftsteller Kitazumi Kan in die Sowjetunion, wo er als Gast der WARS, der Russischen Vereinigung für kulturelle Verbindung mit dem Ausland, weilen wird, um mit dem kulturellen Aufbau in der Sowjetunion bekannt zu werden.

## Im Chaco „nichts Neues“

**Buenos Aires, 16. September.** Einer amtlichen Verkaufsbearbeitung des paraguayischen Kriegsministeriums zufolge haben die paraguayischen Truppen eine starke Abteilung bolivianischer Militärs vernichtet. Die Paraguaner haben 14 Maschinengewehre und eine große Anzahl Gewehre erbeutet. Die bolivianischen Truppen sollen folgende Verluste erlitten haben: 500 Soldaten und Unteroffiziere, einen Oberleutnant, einen Major, zwei Hauptleute, einen Leutnant.

## Die Lage im englischen Textilarbeiterkampf

**London, 17. September.** In den kleineren Textilorten versuchen die Unternehmer, die Betriebe wieder zu öffnen. Bisher gelang es ihnen nur in Todmorden, die Betriebe teilweise wieder arbeiten zu lassen. Im übrigen Gebiet ist die Streikfront fest.

Eine Massenversammlung mit 3000 Teilnehmern unter der Führung des Komitees der Solidaritätsbewegung in Nelson entsandte eine Deputation an das Gewerkschaftskomitee, die ver-

langen soll, daß die Unterstützungen auch an Nichtgewerkschaftsmitgliedern ausgezahlt werden.

Die Verhandlungen in Manchester gehen weiter. Die Gewerkschaftsvertreter sind geneigt, weitgehende Zugeständnisse zu machen.

## Imperialistischer Kriegswahnsinn



Im Gran Chaco wird im Interesse der amerikanischen und englischen Finanz- und Oelmagnaten das Blut der Werktätigen Boliviens und Paraguays in Strömen vergossen. Wie weit der imperialistische Kriegswahnsinn geht, geht daraus hervor, daß man in Paraguay schon die Frauen in Uniformen steckt, damit sie zur höheren Ehre der Profite des Herrn Deterding den „Heldentod“ auf den Schlachtfeldern finden dürfen.

## Ein erster Erfolg der Professionskassen

Karikas kommt nicht vor das Standgericht

Aus Budapest wird gemeldet:

Genosse Karikas kommt am 27. Oktober vor das ordentliche Gericht und nicht vor das Standgericht. Das Beweismaterial, das die Horty-Regierung aufbrachte, war so dürftig, daß selbst das faschistische Gericht es nicht wagte, das Schnellgerichtsverfahren einzuleiten. Dieser Erfolg ist vor allem der proletarischen Solidarität zu verdanken, die gegen den geplanten neuen Mord Sturm lief.

## Neue sozialistische Städte in der Sowjetunion

**Moskau, 17. September.** Der Trust „Standardgorprojekt“ (Trust für Projektierung von Standard-Städten) arbeitete eine Reihe Projekte für den Ausbau zahlreicher neuer sozialistischer Städte in den Industriegebieten der Sowjetunion aus. So wird im Mittelvolga-Gebiet für die Werktätigen des Orsker Lokomotivbetriebes eine sozialistische Stadt für 50 000 Einwohner geplant. Die Baupläne sind soweit fertig, daß mit dem Bau der ersten Projekte bereits begonnen werden kann. Außer den Wohnhäusern sind zahlreiche kulturelle Einrichtungen, wie Klubs, Theater, Kinos, neben Fabrikläden auch Waschanstalten vorgesehen. In der Nähe von Kaschira (am Dneprstrotz) wird eine sozialistische Stadt für 100 000 Einwohner gegründet und in der Nähe von Krasnojarsk für 150 000 Werktätige mit ihren Angehörigen. In Kaschira wird bekanntlich der Bau einer großen Elektro-Lokomotivenfabrik zu Ende geführt, während in Krasnojarsk sich eine Maschinenfabrik befindet.

## Mike Pell:



Copyright by Internationale Arbeiter-Verlag, Berlin C 25

42. Fortsetzung.

„Ag!“ brüllte alles durcheinander.

Der zweite Maschinist war beliebter als er mußte.

„Ich freue mich“, bemerkte Slim, „daß wir einen zuverlässigen Mittschiffsgast im Komitee haben. Das wird unsere Stellung bei künftigen Aktionen stärken. Kollege Haspell hat die Aufgabe, in den Offizieren Klassenbewußtsein zu entwickeln. Wir wollen nicht, daß Uniformen und Kermelstreifen zwischen uns stehen! — Und nun, Genossen, müssen wir über das gesamte Schiffsomitee abstimmen. Erhebt sich Widerspruch?“

Kein Widerspruch wurde laut.

„Dann haben wir hiermit unser Schiffsomitee gewählt!“

Gunnar jodelte auf. „Jetzt bist du aber glücklich, was, „Genosse“?“

Slims Gesicht leugnete das nicht. „Glücklich wie eine alte Jungfer, die ihren ersten Kuß bekommt“, lachte er. „Aber vom Küffen allein kriegt man keine Babys!“

„Also Taten!“ rief Bobby. „Ich bin dein Mann!“ Seinen Worten entsprechend, sprang er auf Slim zu.

Alles heulte.

„Einen Moment“, wehrte sich Slim. „Ich stelle den Antrag, wir vertagen jetzt die Bordversammlung, um dem Schiffsomitee Zeit zu geben, damit es einen Vorsitzenden wählt und ein Programm ausarbeiten kann. Morgen abend zur selben Zeit treffen

wir hier wieder zusammen zur endgültigen Beschlußfassung. Einverstanden?“

„Ag!“

„Die Bordversammlung ist hiermit geschlossen!“

„Oh, Liebling, dear!“ seixte Bobby.

Das Schiffsomitee berät . . .

Das Schiffsomitee zog sich in das Stewardsofiz zurück. Es war fast 7 Glasen geworden. Die Stewards hatten einen schweren Tag vor sich; man mußte sich kurz fassen.

Einmütig wurde Slim als Vorsitzender gewählt. Er forderte zunächst eine allgemeine Aussprache über die Beschwerden der verschiedenen Bordabteilungen. Bobby berichtete über die Stimmung im Maschinenraum gegen den Feuerraub. Shorty fragte den Zweiten, ob er sicher sei, daß die Deckmannschaft entlassen werde. Der Zweite antwortete, daß er dies vom Chief Engineer wisse. Er sollte diese Nachricht allerdings nur Slim mitteilen. Als er dann Slims Bemerkung hörte, habe er es nicht zurückhalten wollen. Er warnte das Komitee eindringlich vor Lag.

Früh unterstützte den Zweiten. Er habe Fühlung mit dem Junker genommen. . . Der Junker habe nichts Bestimmtes herausrücken wollen. . . Er habe nur angedeutet, daß es in Newyork Klamauf geben werde. . .

Nun ergriff Slim das Wort. Es sei jetzt klar, daß die ganze Deckmannschaft geräumt werde. Es sei anzunehmen, daß es zu einem Verfahren wegen Meuterei kommen werde. Die Bordgruppe habe bereits in Raumo sich darauf vorbereitet. Von dort aus habe sie den Kopenhagener Interklub informiert, daß es eventuell zu einem Streik kommen werde. Der geplante Streik sei dann zunächst gehehert, insolge der Kursänderung. Daraufhin habe die Bordgruppe dem abgemusterten Steward Nielsen einen zweiten Brief an den Interklub übergeben, die Kopenhagener Genossen sollten sich per Flugpost mit Newyork in Verbindung setzen. Die WAZU und die Erwerbslosenaußenhilfe möchten sich bereithalten, beim Einlaufen der Utah sofort Streikposten aufzustellen, die Feuerbüros zu warnen und die Hafenarbeiter zu informieren.

Bill Haspell pfliff durch die Zähne. Das alles war schon vorbereitet? Dieser „Gottverdammte“!

Der Philippino hörte mit offenem Munde zu.

Slim zog ein Stück Papier aus der Tasche und las mit leiser Stimme:

Forderungen der Mannschaft der „Utah“:

1. Keine Entlassungen — weder an Deck, noch an der Maschine. Keinerlei Feuerabzug oder sonstige Strafmaßnahmen.
2. Wiedereinführung des alten Tarifes und Nachzahlung des gesamten Verdienstausfalls an der Maschine, sowohl für Offiziere wie für Vormalsteute.
3. Kontrolle des Schiffsomitees über Speiserolle und Sicherheitsapparate.
4. Gewährung eines freien Sonntags im Hafen für jeden auf See verbrachten Sonntag.
5. Achtstundentag für das Bedienungspersonal. Keine Ausnahmearbeit für Kolonialarbeiter.
6. Verbesserung der Zustände in Logis und Toiletten.
7. Keinerlei Lade-, Lös- oder Aufräumungsarbeit durch die Schiffsmannschaft.
8. Keinerlei Transport von Munition oder Kriegsmaterial gegen die Sowjets.
9. Volles Koalitions- und Streikrecht der Mannschaft. Abschaffung der Naval Reserve in der Handelsflotte und Abschaffung der Seemannsordnung.

Slim blickte auf: „Ich glaube, das wäre vorläufig alles. Wenn wir dies erringen, können wir später das weitere erkämpfen.“

Shorty sah skeptisch drein. Auch Bill Haspell schüttelte den Kopf: „Ziemlich harter Tabak das!“

„Finde ich gar nicht“, erwiderte Slim. „Diese Forderungen umreißen die schlimmsten Zustände, die jetzt an Bord herrschen. Ich glaube, daß wir dafür die ganze Mannschaft hinter uns bringen können.“

„Yes, Slim“, ereiferte sich Eddie. Es gelang ihm nicht ganz, seine Aufregung zu verbergen. „Yes, das alles wollen wir, was du da aufgesetzt hast!“

Slim wartete auf eine weitere Aussprache. Früh verhielt sich neutral. Der Philippino war noch nicht ganz im Bilde, mit seiner Zustimmung war aber zu rechnen. Bobby war in die Toilette gegangen. Er kam jetzt zurück und warf einen Blick auf den Zettel:

„D. K. mit mir!“

(Fortsetzung folgt)

# Papen, SPD. und Weimar

Die Papen-Regierung ist eine Regierung nicht nur ohne und gegen den Reichstag, sondern auch ohne und gegen das werktätige Volk. Mögen die Papen und Schleicher durch ihre Kronjuristen hundertfach beweisen lassen, daß der Reichspräsident Göring verfassungswidrig gehandelt habe und daß darum die Beschlüsse des Reichstags keine Gültigkeit hätten. Die politische Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß mit Ausnahme der 42 Deutschnationalen und Volksparteiler der Reichstag gegen Papen stimmte.

Trotzdem der Reichstag sich so unzweideutig gegen die Papen-Regierung ausgesprochen hatte, trotzdem feststeht, daß das ganze werktätige Volk Deutschlands gegen die Papen-Regierung steht, regieren die Papen und Schleicher weiter gegen das Volk. Sie kümmern sich nicht um die politische Bedeutung der Bestimmungen, sie notverordnen weiter, sie führen ihre Abbauschläge gegen Sozialversicherung, Tarife usw. unbeirrt durch.

Herr von Papen erklärt bei jeder sich ihm bietenden Gelegenheit, daß er die Verfassung schütze. Ja, der Berliner Polizeipräsident hat sogar eine Zeitung verboten, weil in dem Blatt seltsame Zweifel gegen die Verfassungstreue Papens erhoben waren. Durch seine Handlungen gegen Volk und Parlament gibt Herr von Papen auf jeden Fall einen anschaulichen Unterricht über die Wahrheit des Kernsatzes der Weimarer Verfassung: „Alle Macht geht vom Volke aus...“ Von dieser demokratischen Verfassung ist wirklich nichts mehr übrig geblieben als das Recht des Reichspräsidenten, mit Hilfe des Artikels 48 den Ausnahmezustand in Permanenz zu erklären.

Das Regierungsorgan, „Deutsche Allgemeine Zeitung“, hat darum zweifelsfrei recht, wenn es schreibt: „Die Brücken sind abgebrochen. Wir stehen in der Diktatur.“

Wenn eine kommunistische Zeitung das schreiben würde, würde sie verboten. Aber Regierungsblätter, die es doch wissen müssen, dürfen das schreiben.

Die Papen-Regierung hat das Volk und Parlament gegen sich. Worauf stützt sie sich? Sie stützt sich auf die Bajonette der Reichswehr, auf die Waffen der Polizei, auf die Unterstützung durch Schwerindustrie und Großagrarien. Wenn sich die Bourgeoisie an die Verfassung, die ja noch auf dem Papier vorhanden ist, halten würde, dann müßte die Papen-Regierung zweifellos sofort von der Bildfläche verschwinden. Daß sie es nicht tut, sondern mit Unterstützung der ihr zur Verfügung stehenden realen Macht weiter gegen das Volk regiert, erhärtet ein weiteres Mal die Wahrheit des klassischen Satzes: „Verfassungsfragen sind Machtfragen“.

Das werktätige hungernde Volk will diese Regierung der Truffkönige und Großagrarien nicht. Die Massen wollen gegen die Diktatur ankämpfen. Aber mit welchem Ziel soll dieser Kampf geführt werden? Die SPD., die jahrelang die Massen mit

demokratischen Illusionen irreführt hat, kann dieses Spiel heute nicht mehr wiederholen. Die Tatsachen reden eine harte Sprache. Selbst Weis und Hilferding können nicht mehr verschweigen, daß in Deutschland die Diktatur herrscht. Die SPD.-Führer legen deshalb eine neue Wajze auf: Kampf um die zweite Republik; so heißt es im Wahlausruf der SPD.:

„Die Diktatur von rechts kann aber nur geschlagen werden, wenn die ganze Arbeiterklasse entschlossen ist, den Kampf-boden der Demokratie zu behaupten und sich nicht den Diktatur-Illusionen von links (!) hingibt.“

„Kampfboden der Demokratie“ ist gut! Wo besteht denn noch ein solcher „Kampfboden“? Hat nicht gerade die Entwicklung der letzten Monate jedem Arbeiter die Richtigkeit unserer kommunistischen Auffassung bewiesen, daß die faschistische Diktatur sich organisch aus der demokratischen Republik entwickelt? Die SPD.-Führer, die jetzt noch vom „Kampfboden der Demokratie“ reden, wollen die Massen über den alten Grundlag von Marx und Engels irreführen, daß jeder Staat — ob Monarchie oder Republik — „nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere“ ist.

Die SPD.-Führer, die heute von den „paradiesischen“ Zuständen in der Hermann-Müller-Republik schwärmen, verschweigen, daß gerade in der Regierungszeit Hermann Müllers die ersten Durchbrüche der faschistischen Entwicklung erfolgten. Damals wurde der RFB verboten, dessen Verbot erst — wie jeder SPD.-Arbeiter weiß — den „Fittig der Nazis“ ermöglichte. Damals wurde von der SPD. der Panzerkreuzerbau bewilligt, die Grundlage für die heutigen Aufrüstungsforderungen der deutschen Bourgeoisie. Damals verbot Jörgiebel die 1. Mai-Demonstration in Berlin, 33 Blutopfer fielen im Kampf für die Demonstrationen der Arbeiterklasse. Damals wurden die ersten starken Zollerhöhungen nicht nur für Lebensmittel, sondern auch für industrielle Waren eingeführt. All das bestätigt anschaulich, daß sich am kapitalistischen Charakter des Staates von Hermann Müller bis Papen nicht das geringste geändert hat. Die bürgerliche Demokratie ist der Mutterboden der faschistischen Diktatur.

Kapitalistische Demokratie und faschistische Diktatur sind keine unvereinbaren Gegensätze, wie es die SPD. den Arbeitern gerne einreden möchte. Aber gibt es heute keine Demokratie in Deutschland? Natürlich, für die Truffkapitalisten! Sie haben für sich volle Meinungsfreiheit, sie haben Koalitions- und Pressefreiheit. Rundfunk, Presse usw. ist ihnen zu Diensten. Der Staat stellt ihnen alle Machtmittel zu ihrem Schutze gegen die kämpfenden Arbeiter zur Verfügung.

Sie erhalten aus den Steuergeldern der werktätigen Massen Millionen-Subventionen von der Papen-Regierung. Ist das nicht die herrlichste Demokratie, die sich die Truffkapitalisten nur wünschen können?

Aber jeder Arbeiter sieht, daß diese Demokratie für die Truffkönige zugleich die Diktatur über das Proletariat ist und sein muß. Wer darum die Arbeiter auf sogenannte demokratische Kampfmittel verweist, wer ihnen eine demokratische „zweite“ Republik vorgaukelt, der betrügt die Arbeiter. Die „Milderobierung“ der Demokratie würde — immer vorausgesetzt, daß das überhaupt noch möglich sei — die Wiederholung des proletarischen Lebensweges seit 1918 bedeuten. Denn jede demokratische Republik ist ein kapitalistischer Klassenstaat. Die Parole der zweiten Republik ist somit ein direkter Liebesdienst für die deutsche Ausbeuterklasse.

Denn mit dieser Parole will die SPD. verhindern, daß sich die Arbeiter zum Kampf für die sozialistische Arbeiter- und Bauernrepublik sammeln. Aber Demokratie für die Arbeiter, die wir mit allen Kräften erkämpfen wollen, gibt es erst, wenn die Arbeiter wirklich herrschen. Allerdings, der proletarische Staat ist eine Diktatur gegen die Ausbeuterklasse. Darum gibt es ja auch in der Sowjetunion keinen Faschismus, keine Krise, keine Erwerbslosigkeit. Darum kann der reiche Kampf gegen die kapitalistische Demokratie, die heute in der Form der faschistischen Diktatur auftritt, nicht mit demokratischen Mitteln, mit dem Ziel der „zweiten“ Republik geführt werden, sondern nur unter den Losungen der Arbeiter- und Bauernrepublik.



## Sport vom Sonntag

### Fichte I Ohlau — Schwarz-Gelb I 4:3

Beide Mannschaften lieferten sich ein stilles Spiel. Ohlau kann bald die Führung an sich reißen. Schwarz-Gelb gleicht jedoch aus. Nach der Pause erhöht Ohlau auf 3:1. Schwarz-Gelb verringert. Beiden Mannschaften gelingt es, noch je einen Treffer zu erzielen.

### Fanal-Ost I — Dynamo I 8:0

Ost lieferte ein überlegenes Spiel und wurde reichlich hoch, verdienter Sieger. Die 2. Mannschaft trennte sich 2:1 für Dynamo.

### Schwarz-Weiß I — Favorit I 3:0

Gegen den neu gegründeten WSB. Favorit wurde ein Solidaritätsspiel ausgetragen. Schwarz-Weiß war gut im Zuge und konnte sicher gewinnen.

### Schwarz-Gelb

Wir veranstalten einen Werbemonat. Mitglieder werden aufgenommen. Sitzungen jeden Donnerstag, 20 Uhr, bei Stiefel, Wörtherstraße.

### Blaue-Weiß, Freiburg — Fichte, Striegau 5:3 (2:1)

Zum fälligen Rundenspiel wollte Fichte-Striegau mit zwei Mannschaften bei den roten Fußballern in Freiburg. Daß die Freiburger ihre 6:2-Niederlage vom Vorspiel in Striegau mit einem Siege korrigieren würde, hätte man nicht erwartet. Die Striegauer Gäste hatten anfangs nur neun Mann zur Stelle, um dafür aber mit dem Winde im Rücken zu spielen. Wenige Minuten nach Beginn führten die Gäste mit 1:0, mühten sich aber im Anschluß an den folgenden Anstoß den Ausgleich gefallen lassen. Trotzdem sich die Striegauer Elf nun vervollständigte, gelang es den Blauweißen, eine 2:1-Führung herzustellen und bis zur Halbzeit zu halten. Nach Seitenwechsel hatten die Striegauer auf Grund besserer Gesamtleistungen etwas mehr vom Spiel. Sie glihen nicht nur auf 2:2 aus, sondern lagen kurze Zeit vor Schluß mit 3:2 im Vorteil. Für die Freiburger Elf reichte aber die Zeit noch aus, um fast mit dem Schlupf den Sieg mit 5:3 sicherzustellen. — Die zweiten Mannschaften trennten sich nach anregendem Spiel mit einem 4:2-Siege der Fichte-Mannschaft. Der Schiedsrichter, Genosse Pistor-Nieder-Salzbrunn, war beiden Spielen ein gerechter Leiter.

### Drei Radfahrer — eine Demonstration

Wie weit die Polizei-Maßnahmen gegen die Roten gehen, beweist die Verhaftung von drei Radfahrern in Hannover, die auf der Fahrt nach Leipzig waren. Der Radfahrertross wurde von einem starken Schupoangebot angehalten und verhaftet. Als Verhaftungsgrund wurde angegeben, daß dieser Radfahrertross von drei Mann bereits eine Demonstration fei.

### Für die proletarischen politischen Gefangenen

Schwarz-Weiß-Altenessen hat es verstanden, den bürgerlichen Sportverein Adler-Katernberg, ein Gruppenmitglied des bürgerlichen Rasensportverbandes, zu einem Solidaritätsspiel zugunsten der Roten Hilfe zu gewinnen. Trotz Verbot des bürgerlichen Verbandes wurde dieses Solidaritätsspiel durchgeführt.

### Fleisburger Sportler werden in Dänemark

Die Fleisburger Genossen organisierten eine Propagandasahrt nach Hadersleben, um dort den Grundstein für die rote Sportbewegung zu legen. Trotz vieler Schwierigkeiten wurde der beabsichtigte Zweck erreicht. Es wurde zuerst eine Schwerathletikabteilung gegründet, und die stattfindenden Ringkämpfe mit den dänischen Genossen fanden allseitigen Beifall. Auch einige Boglkämpfe wurden zur Durchführung gebracht. Die Haderslebener Genossen verpflichteten sich, im Oktober einen internationalen Sporttag in Hadersleben abzuhalten.

### In einer Woche elf Vereine gewonnen!

Das Landesgebiet Sachsen kann in der letzten Woche wieder einen starken Erfolg in der Werbung reformistischer Vereine verbuchen. Elf neue Kämpfer haben die einheitliche rote Sportfront wieder verstärkt. Unter ihnen der bekannte Verein „Fußballring“ Leipzig-Plagwitz.

### WLB-Bundesvorstand schließt weiter aus

Beim Roten Sport- und Kulturtag in Hamburg marschierte neben anderen Bundesvereinen auch der Verein Schlutup in der antifaschistischen Sportfront auf. Die But der Sportbürokratie darüber steigerte sich so, daß sie die Mannschaften ausschloß. Die Sportgenossen haben sich nun in die rote Sporteinheitsfront endgültig eingereiht. Durch den revolutionären Willen und die Opferbereitschaft haben sie es verstanden, sich einen eigenen Sportplatz zu schaffen. Ihr unter unglücklichen Opfern erbautes Werk wurde durch verhepte untaugbare Elemente zerstört, Tore herausgerissen und Einfriedungspfähle gestohlen. Diese Maßnahmen werden aber nur dazu beitragen, daß die rote Sporteinheitsfront sich immer stärker ausdehnt.

### Vormwärts im Württembergischen

Die Schachspieler führten ihr Landbestreben durch, an dem sich 240 Aktive beteiligten. Auch eine Betriebsportgruppe aus Feuerbach sah am Schachbrett.

In Hülben sollte anlässlich der Gründungsfeier eine große sportliche Veranstaltung zur Durchführung gebracht werden. In letzter Minute wurden die sportlichen Wettkämpfe verboten. Trotzdem fanden in einem Lokal Schießwettkämpfe im Kleinkaliber und auf dem Sportplatz Fußballspiele statt.

Ein neuer Streiter, die Freie Turnerschaft Altensteig, konnte in die Schwarzwalddgruppe eingereiht werden. An einer Veranstaltung in Lauffen a. N. beteiligten sich hundesteuere Artisten aus Enzberg, sowie der Arbeitergesangverein „Eintracht“ und gaben so der Veranstaltung, die ganz im Sinne der Antifaschistischen Aktion durchgeführt wurde, das Gepräge.

### Das Ruhrgebiet meldet gute Erfolge

Die Werbeaktion wird von allen Vereinen mit äußerster Intensität betrieben. In der letzten Woche konnte der Anschluß von vier Bundes- und bürgerlichen Vereinen an die RW. verzeichnet werden. Es sind dies der bürgerliche Radfahrerverein Wessolen, der Bundesverein Mühlheim-Saarn, Freie Sportfreunde Bottrop, 2. Abteilung, und die Sanitätskolonne Gelsenkirchen-Hegler.

Auch an der Betriebsfront sind Fortschritte zu verzeichnen. Die

## Die antifaschistische Sportfront

formiert die sporttreibenden Arbeiter zum Kampf gegen Arbeitsdienstpflicht, Faschisierung und Militarisierung des Sportes. Die roten Sportler müssen stärker als bisher

### in roter Einheit

in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Wohngebieten die sporttreibenden Arbeiter mobilisieren

für die Teilnahme an der Weltspartakiade 1933 in Moskau!

Handballspielerinnen von Hülß spielten gegen die Angestellten des Knappschafstkrankenhaus von Redlingshausen. Das Spiel verlief äußerst fair und siegten die roten Sportlerinnen mit 4:1.

### Radfahrer im Vormarsch

Die verhärtete Aktivität der roten Rad- und Motorradfahrer, die insbesondere in der gelungenen Durchführung der Reichsfahrt zum Ausdruck kam, hat einen verstärkten Zustrom von Sportlern aus dem bürgerlichen und reformistischen Lager zur Folge. Auch geschlossene bürgerliche Radportvereine sind in der letzten Woche zur Kampfgemeinschaft gestoßen, so im Ruhrgebiet der Verein Wessolen und in Frankfurt a. Ober der Radportverein „Wöwe 1926“.

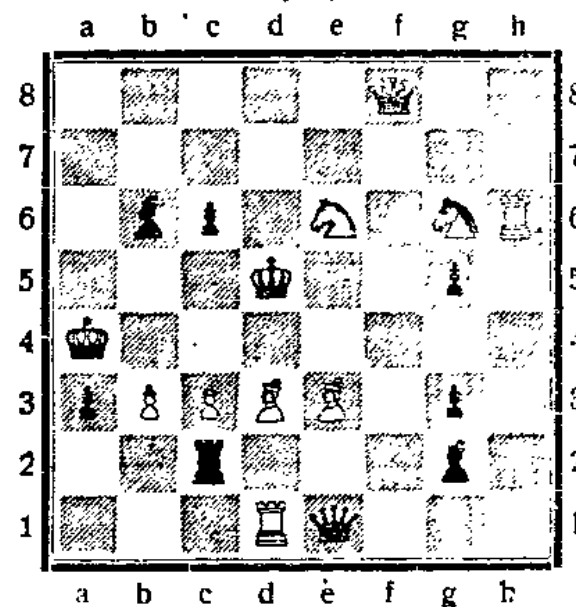
## Schach

Bearbeitet von der Roten Schachsparte Breslau.

Alle Anfragen sind zu richten an A. Lehmann, Webskystr. 6, b. Heinze.

### Schachaufgabe

W. Alentjew, Moskau



Matt in 2 Zügen.

### Damengambit

Gespielt am 22. August 1932 zu Breslau

Weiß: Goldmann Schwarz: Köhler  
 1. d2—d4, d7—d5. 2. c2—c4, e7—c6. 3. a2—a3, b7—b6. 4. c4×d5, Dd8×d5 (besser wäre e6×d5; dieser Zug ist ein Tempoverlust für Schwarz). 5. Sb1—c3, Dd5—d8. 6. Sg1—f3, Lc8—b7. 7. e2—e4!, Lf8—e7 (hier müßte c7—c5 geschehen, um das weiße Zentrum zu sprengen). 8. Lc1—f4, Sg8—f6. 9. Lf1—d3, c7—c5. 10. d4—d5, e6×d5. 11. e4×d5, 0—0. 12. Ld3—c4, Tf8—e8. 13. 0—0, Lc7—d6. 14. Lf4—g5, a7—a6? 15. Tf1—e1, Te8×e1+. 16. Dd1×e1, Sb8—d7. 17. Sc3—e4!, Ld6—e5. 18. Sf3×e5, Sd7×e5. 19. Lg5×f6, g7×f6. 20. Lc4—a2, f6—f5. (20. Lb7×d5, L×L, D×L ist nicht angängig, weil durch Se4×f6 Damenverlust droht.) 21. S×e5! Sf3+! (um dem Weißen auch die Königsstellung aufzureißen). 22. g2×f3, b×c5. 23. Ta1—d1, Dd8—g5+? 24. Kgl—h1, Kg8—h8. 25. De1—c3+, f7—f6. 26. Ddl—g1 (Schwarz geht seinem Ende entgegen, die entb5te Königsstellung von Weiß gibt ihm bessere Angriffschancen) Dg5—h6. 27. d5—d6!, Ta8—d8. 28. d6—d7, Lb7—c6. 29. Dc3—d3, Lc6—b5. 30. Dd3×f5, c5—c4. 31. Df5—d5 (mit der Drohung Tg1—g8 matt, falls der Turm den Bauern schlägt) Dh6—f8. 32. La2×c4, Lb5×d7. 33. Tg1—g3, Ld7—b5! 34. Dd5—f7, D×D. 35. L×D, Lc6. 36. Kh1—g2, Lc6—d5? (Schwarz darf niemals abtauschen, da er 2 Bauern weniger hat; auch sonst ist es sehr schwer, die Partie remis zu halten.) 37. L×L, T×L. 38. b2—b4, h7—h5. 39. f3—f4, Kg8—h7. 40. Tg—e3, Kh7—g6. 41. Kg2—f3, Td5—b5. 42. Te3—b3, a6—a5. 43. a3—a4, T×b4. 44. T×T, a5×b4. 45. Kf3—e3, b4—b3. 46. Ke3—d2, aufgegeben.

Die Rote Schachsparte spielt jeden Montag 20 Uhr bei Gardyan, Hauptstr. 12.

Kauft bei Blasse, Blasse ist billig, Graupenstr. 6/10

Zentrum

Man kauft nur Hut-Schurz-Hüte Schmiedebrücke 17/18, Schweidnitzer Str. 28

Albert Gutsche, Reuschestr. 32/33 bekannt als leistungsfähig in Leder- und Schuhbedarfsartikeln

KAUFT SCHUHE NUR VON ENORM BILLIG NATHAN GRAUPENSTR. 2/4, an gros - an detail

Schlen-Vertrieb Der schlichte Laden Wäsche, Baumwollwaren

Maisfrauen bevorzugen Milch- u. Molkereiprodukte der modern u. hygienisch eingerichteten Dampf-Molkerei Scheloske & Sohn

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau, G. m. b. H. Berliner Platz 2

Schlesische Mühlenwerke Aktiengesellschaft Breslau Hervorragende gute Weizen- und Roggenmehle

Schuhe Schuhvogel nur bei Friedrich-Wilhe m. str. 66 Scheitnigerstraße 12, Ecke Adalbertstraße

Fleisch-Zentralen Verkaufsstelle I: Messergasse 25 Verkaufsstelle II: Neumarkt 14

Lebensmittelhaus Alfred Koller 47141 Messergasse 4/5

Wo kaufen Sie am billigsten Damenkleiderstoffe, Herrenstoffe Seiden- und Futterstoffe

Stoff-Schuffan Herren- und Damen-Stoffe bekannt billig, reell

Händler kaufen Kurzwaren, Wolle, Strümpfe enorm billig bei größter Auswahl im Engroslager Max Cohn & Co.

Wäscherei Schneewittchen Plättereil Gröndelche, Bachmannstraße 16a

HUT-ROSENTHAL Blücherplatz 5 Neue Schweidnitzer Str. 5a

Damenhüte preisw. durch eigene Fabrikation Oskar Garn, Ring, am Rathaus 10

Reserviert 39 48087

Händler und Hausierer! Großes Lager in Kleiderstoffen Mänteln und Kleidern

Zigarren • Zigaretten • Tabake Friedlaender & Littauer Ring 18, Ohlauer Straße 70

Jeder Arbeiter kauft am besten bei A. M. Remak, Lederhandlung Kupferschmiedestraße 37

Kauft beim Inserenten Kolonialwaren Obst und Gemüse Karl Hellmich

Bäckerei und Konditorei Paul Moczko, Leuthenstr. Nr. 88

Drogen, Farben, Foto Franz Gröschel, Leuthenstr. 60

Paul Gebauer Posener Straße 27 Filiale Frankfurter Straße 31

Kolonialwaren, Konserven Spez. Kaffee (Eigene Rösterei)

Oskar Laqua Kolonialwaren Anderssenstraße 31

Bäckerei und Konditorei, G. Rappich Gandauer Str. 17 - 9 Proz. Rabatt

Vogelfutter nur bei Ritter Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str.

Schmelz ist und bleibt billig! Friedrich-Wilhelm-Straße 25

Täglich frische Seefische und Räucherwaren billigst bei Richard Polke, Anderssenstraße 14

Kolonialwaren R. & J. Lux Anderssenstraße 2

Farben und Cade / Malerhaus Welfend- Cade Andersenstr. 14

Lebensmittelhaus Heinrich & Co. Frankfurter Straße 154

Tischlerarbeiten führt sauber und preiswert aus Tischlerei Gustav Schiller, Leuthenstr. 70

Fleischerei und Wurstfabrik Adolf Biedermann Oskar Funke

R. Miska, Redlgerstr. 6/8 Selter- und Limonadenfabrik empf. sich zur gefl. Beachtung

Arbeiter, wohin? zum 'gemütlichen Art Korle' Lohestraße 37

Trinkt Nitschke-Crem

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

MARGARINE NUR BEI CARL JOS. KESSLER, INH. O. KLEIN DA KAUFEN SIE BILLIG UND GUT

Hnilitschka - Tapeten Mit 'Vandon' reinigt man tapezierte und gestrichene Decken und Wände

Schuh-Herz Blücherplatz 4

Herrenartikel Hecht 47139 Ohlauer Str. 78/77

Damenhüte Marco-Hüte Ring 22

Gelegenheitskauf 3 teil. Kleiderschrank, mit Wäsche, Bücherschr. 160cm 180. Auszieht., Nußb. 48. Schließzimmer, Eiche u. Nußb. 450. EBzimmer, kompl. 450. Küchen, kompl. 150.

Hedwig Depta Fischwaren, Gneisenaustr. 8

Kolonialwaren - Spirituosen Heinrich Titze Nachfolger Trebnitzer Straße 52

Fischgeschäft F. Köhler Kospothstraße Nr. 18

Drogerie „Zum Großen Kurfürsten“ Richard Elison 46673 Matthiasstraße 161-63

Paul Kuschel Kolonialwaren / Feinkost 47155 Matthiasstr. 183, Schleiernmacherstr. 11

Dampfwäscherei und Feinplätterei ALBA wäscht für Sie jede Wäsche zu billigsten Preisen gut und sorgfältig

Fleischerei und Wurstfabrik Paul Berndt, Weißburger Straße 4

Bäckerei und Konditorei Margot Gretschel, Michaelisstraße 2 Ecke Matthiasstr.

Durch Selbstanfertigung die billigsten Möbel in Möbelwerkstätten A. LOZAR Waterloostraße 23

Drogen, Farben, Lacke bei Rudolf Heckert, Vinzenzstr. 7

Edmund Prause, Kohlenbandlung Trebnitzer Straße 29

Bäckerei und Konditorei Georg Heyduck, Rosenstraße 16

W. Zembrod Waterloostraße 11 Kolonialwaren Spirituosen

Emma Schmalisch, Weinstr. 10 Lebensmittelgeschäft, Obst u. Gemüse

Feine Fleisch- u. Wurstwaren bei Otto Schmidt, Fürstenstr. 24

Hüte - Mützen, Herren-Artikel Felix Eckerl Klosterstraße 46 am Mauritiusplatz

Cade, Farben, Dinkel W. Andrißchke, Feldstr. 50

Paul Scholz Kolonialwaren Klosterstr. 135

Lederhandlung W. Kranz Bohrauer Straße 15

Fischhaus Klosterstr. 45 Max Böse empfiehlt sich bestens

Sämereien - Gartenbedarfsartikel Gerhard Guhr, Sadowastr. 9

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren Karl Kirchner Edeka-Geschäft, Brandenburger Str. 21

Grabdenkmäler, Urnen Josef Vogel Gräbschen, am Friedhof

Foto / Farben / Lacke Drogerie Walter Bienas Lehmgrubenstraße 56

Trinkt Bürgerliche-Brauhaus-Biere Breslau

Gastwirtschaft Langes Holz angenehmes Familienlokal gutgepflegte Speisen und Getränke

Gesellschaftshaus „Jägerhof“ Gräbschener Straße 181/183 - Telefon 81232

Trinkt Nitschke-Crem

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

B. Pohl Schokoladen / Kakao / Zuckerwarenfabrik Filialen in allen Stadtteilen

Richard Karsunky & Co. Möbel Rosenthaler Straße 2 - Ecke Matthiasstraße

Arbeitsbekleidung Sortimentslager Norden Kurz- u. Wollwaren Rosenthaler Straße 55

Max Fichte Schleiernmacherstr. 1 Bäckerei und Konditorei

Butter-Zentrale Matthiasstraße 102 Margarine Milch- und Molkereiprodukte

Fleischerei und Wurstfabrik Walter Jonnek Weibenburger Platz 9

Paul Herrmann Bäckerei u. Konditorei Trebnitzer Straße 64

A. Kallmich St. Vincenz-Drogerie Rosenthaler Straße 43

Fritz Müller, Mühlen Niederlage Spezialität: Mehl, Vogelfutter, Sämereien

Gute Schuhbesohlerei Karl Hättasch Freiburger Str. 8

Paul Jilke, Piastenstr. 1 Fleischerei und Wurstfabrik

Kolonialwaren, Spirituosen Wilhelm Kupczyk, Schleiernmacherstraße 51

Nord-Drogerie und Photobandlung Matthiasstraße 35

Emma Schmalisch, Weinstr. 10 Lebensmittelgeschäft, Obst u. Gemüse

Feine Fleisch- u. Wurstwaren bei Otto Schmidt, Fürstenstr. 24

Fisch Aberle Matthias-Str. 159

Fleischerei und Wurstfabrik Paul Berndt, Weißburger Straße 4

Bäckerei und Konditorei Margot Gretschel, Michaelisstraße 2 Ecke Matthiasstr.

Durch Selbstanfertigung die billigsten Möbel in Möbelwerkstätten A. LOZAR Waterloostraße 23

Drogen, Farben, Lacke bei Rudolf Heckert, Vinzenzstr. 7

Edmund Prause, Kohlenbandlung Trebnitzer Straße 29

Bäckerei und Konditorei Georg Heyduck, Rosenstraße 16

W. Zembrod Waterloostraße 11 Kolonialwaren Spirituosen

Emma Schmalisch, Weinstr. 10 Lebensmittelgeschäft, Obst u. Gemüse

Feine Fleisch- u. Wurstwaren bei Otto Schmidt, Fürstenstr. 24

Emma Schmalisch, Weinstr. 10 Lebensmittelgeschäft, Obst u. Gemüse

Feine Fleisch- u. Wurstwaren bei Otto Schmidt, Fürstenstr. 24

Hüte - Mützen, Herren-Artikel Felix Eckerl Klosterstraße 46 am Mauritiusplatz

Cade, Farben, Dinkel W. Andrißchke, Feldstr. 50

Paul Scholz Kolonialwaren Klosterstr. 135

Lederhandlung W. Kranz Bohrauer Straße 15

Fischhaus Klosterstr. 45 Max Böse empfiehlt sich bestens

Sämereien - Gartenbedarfsartikel Gerhard Guhr, Sadowastr. 9

Kolonialwaren, Spirituosen, Zigarren Karl Kirchner Edeka-Geschäft, Brandenburger Str. 21

Grabdenkmäler, Urnen Josef Vogel Gräbschen, am Friedhof

Foto / Farben / Lacke Drogerie Walter Bienas Lehmgrubenstraße 56

Trinkt Bürgerliche-Brauhaus-Biere Breslau

Gastwirtschaft Langes Holz angenehmes Familienlokal gutgepflegte Speisen und Getränke

Gesellschaftshaus „Jägerhof“ Gräbschener Straße 181/183 - Telefon 81232

Trinkt Nitschke-Crem

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

Oskar Laqua Kolonialwaren Anderssenstraße 31

Bäckerei und Konditorei, G. Rappich Gandauer Str. 17 - 9 Proz. Rabatt

Vogelfutter nur bei Ritter Friedr.-Wilh.-Str. 53, Ecke Friedr.-Karl-Str.

Schmelz ist und bleibt billig! Friedrich-Wilhelm-Straße 25

Täglich frische Seefische und Räucherwaren billigst bei Richard Polke, Anderssenstraße 14

Kolonialwaren R. & J. Lux Anderssenstraße 2

Farben und Cade / Malerhaus Welfend- Cade Andersenstr. 14

Lebensmittelhaus Heinrich & Co. Frankfurter Straße 154

Tischlerarbeiten führt sauber und preiswert aus Tischlerei Gustav Schiller, Leuthenstr. 70

Fleischerei und Wurstfabrik Adolf Biedermann Oskar Funke

R. Miska, Redlgerstr. 6/8 Selter- und Limonadenfabrik empf. sich zur gefl. Beachtung

Arbeiter, wohin? zum 'gemütlichen Art Korle' Lohestraße 37

Trinkt Nitschke-Crem

Brot- und Feinbackwaren bei Emil Menzel, Schwenkfeldstr. 31

Emma Schmalisch, Weinstr. 10 Lebensmittelgeschäft, Obst u. Gemüse

Feine Fleisch- u. Wurstwaren bei Otto Schmidt, Fürstenstr. 24